

VOLKSWACHT

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Vollswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ihr Bezugspreis beträgt durch die Haupt-Expedition: Blumstraße 4/8, durch die Buchhandlung der „Vollswacht“, Neue Graupenstraße Nr. 5, durch die Zweigstelle, Albrechtstraße 140, sowie durch alle Ausläger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 6 Pf. Goldmark, monatlich 1.70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2.00 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagort und Druckort: **Dresden 2**
Verlags- und Druckerei: **Verlagsgesellschaft Dresden 2**
Verantwortl. Redakteur: **Georg Meißner**
Postfach-Adresse: **Postfach-Ring 1206, Redaktion Ring 3141**
Postfach-Postkonto: **Postfach-Ring Dresden Nr. 3532**

Anzeigenpreis: 30 Zeilen für gewöhnliche Anzeigen aus Schlesien 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf. Kommissionsanzeigen, Stellenangebote, Verleumdungs- und Mahn-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf. Das selbe Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis samstags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Blumstraße 4/8 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

VOLKSentscheid am 20. Juni

Morgen Regierungserklärung.

Bevorstehende Entscheidungen.

Das Kabinett Marx hat am Montag sein Amt angetreten. Seine Geburt ist auf eine etwas eigentümliche Art vor sich gegangen, die nachträglich noch einer Kritik bedarf. Nachdem Gessler und Adenauer erledigt waren, setzten sich die aus dem Amt geschiedenen und nur einstweilen mit der Fortführung der Geschäfte beauftragten Minister zusammen, um aus ihrer eigenen Mitte einen Mann zu wählen, den man dem Reichspräsidenten als Nachfolger Luthers in Vorschlag bringen könnte. Das Ergebnis war die Betrauung von Marx.

Uns erscheint der Weg, der hier eingeschlagen worden ist, zum mindesten recht bedenklich. Das Kabinett, und zumal ein solches, das seine Gesamtmission gegeben hat, ist kein Verein, der sich einen neuen Vorsitzenden wählen kann, und kein Kurfürstkollegium, das die Krone dem nach seiner Ansicht Würdigsten zuerkennt. Man hat hier einen Präzedenzfall geschaffen, der unter Umständen einmal sehr unangenehme Folgen nach sich ziehen kann, und wir möchten dringend raten, daß in Zukunft ein so ungewöhnliches Verfahren nicht mehr beliebt wird. Selbst wenn die bisherigen Regierungsparteien und mit ihnen der Reichspräsident der Ansicht waren, daß die alte Koalition auch die Basis für das neue Kabinett bilden solle, so wäre es doch richtig gewesen, daß Hindenburg der parlamentarischen Tradition folgend, mit den Führern der verschiedenen Fraktionen Rücksprache genommen hätte und auf Grund der so gewonnenen Eindrücke zu einer Entscheidung gekommen wäre.

Freilich hat das Zentrum erst nach einigem Widerstreben Herrn Marx zur Verfügung gestellt und es kann sich darauf berufen, daß die Ansicht der Minister für seine Entscheidung nicht maßgebend gewesen sei. Aber es hat sich doch zuletzt der vom Kabinett ausgehenden Initiative angeschlossen und sie auf diese Weise gewissermaßen sanktioniert. Die Bedenken, die es zunächst hegte, betraf ja auch nicht sowohl das Verfahren als vielmehr die zweifelhafte Stellung, die die Deutsche Volkspartei eingenommen hatte. Es wollte weder Marx noch einen anderen zur Verfügung stellen, bevor über das politische Ziel der Volkspartei Klarheit geschaffen worden sei.

Ob das geschehen ist, wird von der Auslegung abhängen, die man dem am Sonntag von den Vertretern der beiden Parteien niedergelegten Protokoll gibt. Das Zentrum ist der Auffassung, daß mit ihm der Weg zur Wiederherstellung einer Rechtsregierung versperrt sei. Der Wortlaut des Dokuments läßt jedoch zum mindesten die Annahme zu, daß die Volkspartei den Deutschnationalen eine Tür öffnen wollte. Aber alles wird ja schließlich darauf ankommen, was die Parteien in dem Moment wollen, wo sie sich aufs neue vor die Frage gestellt sehen, ob die gegenwärtige Regierungsbasis ausreicht. Beide, und vor allem Zentrum, sind der Ansicht, daß dieser Moment sehr bald eintreten muß, vielleicht schon unmittelbar, nachdem die Entscheidung über die Fürstenabfindung gefallen ist. Das Zentrum denkt ernsthaft daran, dann die Große Koalition zu schaffen. Daß die Volkspartei dasselbe Ziel verfolgt, ist mindestens zweifelhaft.

Für die Sozialdemokratie ist die Frage nach den zukünftigen Möglichkeiten zunächst von untergeordneter Bedeutung. Wir haben es heute mit der Regierung zu tun, so wie sie ist. Sie unterscheidet sich von ihrer Vorgängerin nur durch die Neubesezung des Kanzlerpostens, und es läge an sich der Schluß nahe, daß wir ihr gegenüber also auch keine andere Haltung einnehmen dürften als es diejenige war, die zur Demission des Kabinetts Luther führte. Nur dürfen wir nicht vergessen, daß unsere Interpellation und unser Mißtrauensvotum sich ausdrücklich auf Herrn Luther beschränkt haben. Einmal, weil er die Flaggenvorordnung verantwortlich gekennzeichnet hat, und zum anderen, weil uns die Unmöglichkeit bemerkt war, die vorige Regierung in ihrer Gesamtheit zu beistimmen und eine neue auf einer ganz neuen Grundlage aufzubauen. Den Konsequenzen, die sich aus dieser Sachlage ergeben, werden wir ins Auge sehen müssen.

Der jugoslawische Finanzminister Peres ist am Montag in London eingetroffen, um die Verhandlungen zur Regelung der französischen Schulden an England aufzunehmen.

Auf zum Volksentscheid!

Die Reichsregierung hat beschlossen, den Volksentscheid am Sonntag, den 20. Juni, stattfinden zu lassen.

Amlich wird dazu gemeldet: Der Reichsminister des Innern hat durch Verordnung vom 17. Mai die näheren Anordnungen für die Durchführung des Volksentscheids getroffen. Gegenstand des Volksentscheids ist die Frage, ob der im Volksbegehren verlangte, vom Reichstag abgelehnte Entwurf eines Gesetzes über die Enteignung der Fürstenvermögen Gesetz werden soll. Der Stimmgeld erhält eine entsprechende Frage vorgegedruckt. Die Stimmgabe erfolgt in der Weise, daß der Stimmberechtigte, der die zur Abstimmung gestellte Frage bejahen will, das mit „Ja“, der Stimmberechtigte, der sie verneinen will, das mit „Nein“ bezeichnete Biered durchkreuzt. Stimmlisten und Stimmtarten sind vom 6. bis einschließlich 18. Juni auszulegen. Die Gemeindebehörden sind ermächtigt worden, die Auslegung schon früher beginnen zu lassen. Der Wortlaut der Verordnung wird heute, Dienstag, im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht werden.

Nur formale Regierungserklärung.

Die Erklärung der neuen Reichsregierung dürfte nur ganz kurz und rein formaler Natur sein. Die bürgerlichen Fraktionen beabsichtigen ebenfalls in ihrer Mehrzahl nur kurze Erklärungen abzugeben, so daß die Vorstellung der neuen Regierung bereits am Mittwoch zu Ende sein kann und am Donnerstag schon die Ferien beginnen können.

Die „Tägliche Rundschau“ erklärt heute, daß ein Vertrauensvotum nicht verlangt wird und auch nicht nötig sei. Sie dürfte sich insofern täuschen, als die Verfassung zur Führung der Regierungsgeschäfte das Vertrauen des Reichstages vorschreibt. Im allgemeinen hat der Reichstag diese Verfassungsformel so ausgelegt, daß auch die Billigung der Regierungserklärung genügt. Es ist anzunehmen, daß sich die Regierung mit einem solchen Votum begnügt. Als wahrscheinlich gilt, daß die Kommunisten einen Mißtrauensantrag einbringen. Die Sozialdemokratie ist sich zwar über ihre Haltung noch nicht endgültig schlüssig geworden, aber es kann schon heute kein Zweifel darüber bestehen, daß sie einem Mißtrauensvotum, von welcher Seite es auch kommt, gegen das Kabinett Marx nicht zustimmen wird.

Das „Berliner Tageblatt“ weiß heute zu melden, daß die Deutschnationale Fraktion sogar einem Vertrauensvotum für das Kabinett zustimmen will, wenn die Regierung die Flaggenvorordnung sofort durchgeführt, gegen den Volksentscheid für die Fürstenenteignung entschiedene Stellung nimmt und schließlich sofort ein Reichshulgesetz vorlegt. Der Reichskanzler soll entsprechende Zusagen abgelehnt haben.

Die Deutschnationalen machen ihre Haltung von der Regierungserklärung abhängig.

Der Reichskanzler hat am Montag nachmittag die Führer der Reichstagsfraktionen empfangen und sie um die Einstellung der einzelnen Parteien gegenüber seinem Kabinett gebeten. Vorläufig vorwaltet Marx neben der Reichskanzlei auch das Justizministerium und das Ministerium für die besetzten Gebiete. Der neueste Plan ist, das Ministerium für die besetzten Gebiete mit Dr. Bell zu besetzen, während Marx bis zu der bald erwarteten Umwidmung seiner Regierung auch die Reichsjustizverwaltung zu leiten gedenkt. Er traut sich also trotz seines Alters noch sehr viel zu und das ist immerhin beachtenswert. Der Reichskanzler wird aber bei dem besten Willen nicht in der Lage sein, beide Posten, also sowohl das Reichskanzleramt als das des Justizministeriums, so zu verwalten, wie es erwartet werden muß, wenn er sich nicht schleunigst mit erfahrenen und politisch einwandfreien Mitarbeitern umgibt. Auch ihm dürfte nicht unbekannt sein, daß der Staatssekretär der Reichskanzlei ein völlig deutschnational orientierter Mann ist, der bisher u. a. seine Aufgabe auch darin gesehen hat, die Verbindung der Regierung mit der deutschnationalen Reichstagsfraktion aufrechtzuerhalten. Bleibt dieser Zustand bestehen, dann dürfte das alte Vertrauensverhältnis der Republikaner zu dem Reichskanzler niemals wiederhergestellt werden.

Es ist auffallend, daß die Deutschnationalen dem Kabinett Marx gegenüber nicht sofort in Opposition treten, sondern ihre endgültige Entscheidung von der Regierungserklärung abhängig machen wollen. Mit ihrer „hartesten Opposition“ gegen Marx ist es also nicht sehr weit her.

Die Sozialdemokratische Fraktion vertagte ihre Entscheidung über die Haltung zum Kabinett Marx auf heute, Dienstag.

Der Heimatschutz und die Vaterländischen

Zweimal tauchte in den letzten Wochen das Wort „Heimatschutz“ auf, angewandt auf eine Geheimorganisation der vaterländischen Verbände, die im engsten Anschluß an das Reichsheer angeblich für die Landesverteidigung geheimnisvolle Vorbereitungen treffen. Die totgeschwiegene Petition des Professors Quidde, die sich mit den nationalistischen Wehrbündeln befaßt, war die erste Druckschrift, die es wagte, den Namen auszusprechen, der seit Monaten in den eingeweihten Kreisen bekannt ist. Ihr folgte die Severing-Druckschrift an den Gemeindevorstand des Reichstages, die umfangreiches Material über die neue Geheimorganisation enthält. Nachdem die Gemeindevorstände für „nicht geheim“ erklärt wurden, nachdem allenthalben in der Öffentlichkeit Teile der Petition Quidde diskutiert wurden, nachdem aber vor allen Dingen die „Woz“ nach einer Information des Innenministeriums die aktuelle Gefahr nationalistischer Dummheiten meldete, ist es notwendig, einmal grundsätzlich zu dem Problem Heimatschutz und Verbände zu sprechen. Die stete Lufthelei und ewig lebenden Gerüchte, die Kleinigkeiten aufhaußen und wesentliches übersehen, sind wohl geeignet, Unruhe zu stiften, aber ebenso wenig, wie die Vermutungen an die Wahrheit herankommen, ebenso wenig kann von ihnen ein positiver Vorschlag auf Abstellung gewisser Mißstände erfolgen. Und gerade die Kritik, die Abstellung verlangt und vorschlägt, muß man vergeblich. Wie die Landesverteidigung ein Problem des Wehrministeriums sein muß, wie das Wehrministerium aus dem durch falschen Wehrerlegungen zu den Vaterländischen als Helfer greift, wie auf der anderen Seite die Republikaner nicht verstanden haben, gewisse Gebiete des politischen Lebens sich zu erhalten, das alles sind Fragen von solch durchschlagender Bedeutung, und höchster Aktualität, die endlich einmal sachlich betrachtet werden müssen.

Ueber die Schwarze Reichswehr als Reichswehresatz für innere und äußere Unruhen ist in den letzten Wochen soviel gesagt worden, daß es sich erübrigt, auf sie einzugehen. Aber wie diese Einrichtung, die zuletzt bei der Besetzung Sachsens im Herbst 1923 eine üble Rolle spielte, abgelöst wurde, um durch ein anderes System ersetzt zu werden, ist durch tausend Männer so verständig kommentiert worden, daß eigentlich niemand weiß, wo die Sage anfängt. Severing jagt in seiner Druckschrift: „Der Zusammenbruch der Schwarzen Reichswehr im Rührer Putsch war ihr Ende in der damaligen Form.“ Daraus darf man schließen, daß eine andere Form der Wehrhaftigkeit gefunden und praktiziert wurde. Diese Form ist der Heimatschutz. Er erstreckt sich über das ganze Land, setzt sich aus den Stahlhelmverbänden zusammen und unterhält, — wie die Reichswehr keineswegs leugnet — intime Beziehungen zu unseren Feldgrauen.

Die Ehrhardtgruppen, die 1923 die treibende Kraft aller innerpolitischen Ereignisse waren, gehören nicht in den Heimatschutzverband, da sie, von starkem Mißtrauen gegen die Seidleute befeelt, fürchten, daß ihnen die Waffen im entscheidenden Augenblicke in den Rücken fallen würden. Der Jungdeutsche Orden, besser Hofmeister Mahraun in den letzten Wochen durch erfundene und zusammenkombinierte Enthüllungen über „Orientierung der Vaterländischen“ viel von sich reden machte, hat sich ebenfalls nicht in den Verband aufnehmen lassen.

Es ist außer Frage, daß der Mann, der für sich den Ruhm in Anspruch nimmt, den größten Teil Deutschlands nationaler Jugend in seinem Heerbann zu führen, ein phantastischer Schwärmer und directionsloser Phantast ist.

Figuren auf dem innerdeutschen Schachbrett sind einzig und allein Stahlhelm und Ehrhardt. Von diesen wieder ist der Bund der Vaterländischen der ungefährlichere, da er in seiner Extremität das ausschlaggebende Reichsheer, von unwesentlichen Teilen insbesondere von Bayern abgesehen, zum Gegner hat und haben wird. Gewiß kann Ehrhardt über kurz oder lang zurückgehen, kann er unserer Wehrkraft durch innerpolitische Komplikationen häufig weichen, aber seine Unternehmungen sind einträglich, weil sie sich auf eine beschränkte Anzahl blutvoller Soldaten stützen, die Waise der nationalen Parteigänger, die Kräfte des Stahlhelms und der Reichswehr, von der Sauno ganz zu schweigen, aber nicht berückichtigen. Anders steht es mit dem Stahlhelm aus.

Das kommende Zeitalter der Gewerkschaften

Die gegenwärtige Lage der deutschen Wirtschaft und ein Blick in die Zukunft lassen es nicht zermessen erscheinen, von einem kommenden Zeitalter der Gewerkschaften zu sprechen. So schwer auch die Wirtschaftskrise auf der deutschen Arbeiterbewegung lastet, so haben wir doch keinen Grund den Mut zu verlieren, sondern gerade jetzt feste der Glaube an unsere Arbeit die Erkenntnis in uns festigen, daß dieser so großen, sichtbar schmerzhaften und dem Nichterwarteten entgegenstehenden Gewerkschaftsbewegung die Zukunft gehört und gehören muß.

Die deutsche Wirtschaft macht eine tiefgreifende Umwälzung durch. Neue Wege, wohin man blickt, neue Probleme, die der Lösung harren, allerorten. Und in diese Umwelt, inmitten der revolutionären Zuständen einer technisch rasch voranschreitenden Zeit, ist nun die deutsche Arbeiterklasse gestellt. Es erhebt sich notwendig, darauf hinzuwirken, daß die Arbeiterklasse hierzulande in den nächsten Jahren aufpassen muß, will sie nicht, wie schon so oft, eine günstige Gelegenheit verpassen. Rationalisierung, Umstellung, so erlöbt es auf Gasen und Wärteln! Technische Verbesserung des Arbeitsprozesses, die fürs erste vor allem Freilegung von Arbeitskräften bedeutet. Aber wenn auch die Rationalisierung vor allem die Maschine in den Vordergrund stellen wird und die Arbeitsweise noch mehr als bisher mechanisieren will, so gilt auch heute noch das, was unser verstorbenen Kollege und Freund Karl Legien vor 18 Jahren auf dem Gewerkschaftsfesttag in Hamburg ausführte:

„Der intelligenteste, kapitalkräftigste Unternehmer würde die Produktion nicht vollziehen können, wenn er nicht über eine intelligente Arbeiterklasse verfügte, und daß die deutsche Arbeiterklasse zu dieser Intelligenz gekommen ist, das dankt sie nicht den Herrschenden, sondern ihrer eigenen Erziehung, ihrer Organisation.“

Und 1915 schreibt Karl Legien in dem Buche „Die Arbeiterklasse im neuen Deutschland“:

„Unsere Industrie stellt in bezug auf geistige Befähigung heute Anforderungen an die Masse der Arbeiter wie nie zuvor. In dem modernen Produktionsprozess kann nur ein geistig hochstehender Arbeiter seinen Platz ausfüllen.“

Diese Worte (sie sind zu finden in dem äußerst lesenswerten „Ausschlag Gewerkschaften und Volk“, den der Kollege Leppart anlässlich des fünfsten Todestages Karl Legiens im Heft 1 der „Arbeit“ 1928 veröffentlichte) gelten auch für die kommende Zeit der Rationalisierung. Die den Unternehmern vorschwebende Umstellung der Industrie wird nur dann sich erfolgreich durchsetzen können, wenn die Arbeiterklasse nicht als ein laßiges Anhängel, das man möglichst reiflos auszuwickeln sucht, sondern als mitzütendes und vollwertiges Glied betrachtet wird.

Jedoch kann diese Rolle im Produktionsprozess von der Arbeiterklasse nur erfüllt werden, wenn die Gewerkschaften, dieses feste Band der organisierten Arbeiterklasse, stark und kräftig genug sind, in diesem Umstellungsprozess die Führung zu übernehmen. Nicht der einzelne Arbeiter, nicht die Arbeitergemeinschaft von unten auf, wie man die Gewerkschaften der neueren Zeit bezeichnet, kann hier etwas vollbringen, sondern nur die geschulte, disziplinierte und organisierte Arbeiterklasse. Und das können nur die Gewerkschaften sein. So mag denn die Rationalisierung kommen, sie wird und muß die deutsche Arbeiterklasse gewappnet finden.

Noch ein anderes Merkmal der nächsten Jahre sollte beachtet und in den Kreis der Kalkulation gezogen werden: die

durch den Geburtenausfall des Krieges herbeigeführte Knappheit von Arbeitskräften. Bekanntlich hat der Krieg nicht nur Menschen in großer Zahl hinweggerafft, sondern er hat auch die Menschen keine an der Entfaltung gehindert. Diese Periode auf dem deutschen Arbeitsmarkt tritt ab 1929 in Erscheinung und wird bis zum Jahre 1934 anhalten. Die Unternehmer sehen dieser Periode mit einiger Angst entgegen, sie glauben, daß die Gewerkschaften in dieser Zeit riefenpart werden könnten. Nicht zuletzt aus diesem Grunde fördern sie die Rationalisierung, um den lebendigen Menschen im Produktionsprozess möglichst auszu-schalten. Das, was in Amerika sich als der größte Hebel zur Erreichung eines besseren Lebensstandards bewährte, die Mechanisierung, kann sich in abgewandelter Form in den nächsten Jahren bei uns abspielen. Will jemand zweifeln, daß die Gewerkschaften noch nie so notwendig waren als in der kommenden Periode? Will jemand bestreiten, daß die deutsche Arbeiterklasse, wenn sie dann nicht auf dem Posten ist, etwas ausschlägt, was ihr, um mit Schiller zu reden, keine Ewigkeit zurückbringt! Wenn dies nicht bestritten wird, stärkt eure Kraft mit und durch die Gewerkschaften!

Wie sieht es nun politisch aus? Auch hier dürfen wir nicht in hoffnungslosen Pessimismus verfallen. In dem bereits erwähnten Aufsatz findet der Genosse Leppart über den demokratischen Staat treffende Worte, wenn er schreibt:

Für den demokratischen Staat ist es aber auch eine Notwendigkeit, daß er vor sich aus Wirtschaftspolitik treibt für das Volk. Der demokratische Staat ist nicht mehr der Obrigkeitstaat von früher, sondern soll der Volkstaat sein. Als solcher ist der demokratische Staat gezwungen, mehr Wirtschaftspolitik zu betreiben, als der alte Obrigkeitstaat das zu tun brauchte. Der demokratische Staat muß aber auch um seiner selbst willen seinen Einfluß auf die Wirtschaft ausüben. Denn Demokratie im Staate und Autokratie in der Wirtschaft vertragen sich nicht auf die Dauer. Wer also das demokratische System in der Staatsverwaltung schützen und aufrechterhalten will, muß dafür sorgen, daß auch in der Wirtschaft die Demokratie durchgeföhrt wird.

Die Demokratisierung der Wirtschaft ist die Herkulesarbeit, die die neue Zeit der Arbeiterklasse in die Wiege gelegt hat. Eine schwerere Arbeit würde der Arbeiterklasse noch in keiner Geschichtssperiode zugemutet. Sie ist nur von entschlossenen Männern, denen wirtschaftliche Erkenntnis voranleuchtet, zu leisten. Und diese Männer können ihre Kraft nur aus dem ewig jungen Born der Organisation schöpfen. Die gewerkschaftliche Organisation ist die Schule, aus der die Führer der Wirtschaft von Arbeiterseite hervorgehen können. Das sollte bei allem beachtet werden.

Und wie sieht die Welt aus, wenn wir sie von der hohen Marke der internationalen Bewegung betrachten? Und hier bieten gerade die letzten Tage wichtige Anhaltspunkte, die Zukunft vorauszusehen und beurteilen zu können. Die Tagung des Internationalen Arbeitsamtes ist vorüber, wo Arbeiterführer von der Plattform einer internationalen organisierten Organisation die Grundsätze der Sozialpolitik hervorhoben und gegen Unternehmervorteile verteidigten konnten. Der Achttundentag, dieses hehre Ziel, soll in allen Industrieländern verankert werden. Auch spielen die Unternehmer aller Länder, und wohl am lautesten die deutschen, Gift und Galle gegen dieses bevorstehende Ereignis. Es wird ihnen nichts nützen, sie werden nachgeben müssen.

Gute A. im Kreise Goldbergs-Hayman in Schiffsen gemacht werden konnte. Auf dem Gute sind an landwirtschaftlichen Arbeitskräften beschäftigt; drei Deputantenfamilien mit zwei Hofgärtnern = 8 Personen, zwei Fabrikarbeiterinnen und drei ledige Burken, zusammen also 13 Personen.

Diesem 13 Personen: sieben gegenüber: Besitzer, Frau und zwei Kinder = 4 Personen, eine Kinderwärterin, eine Stütze der Hausfrau, eine Stütze der Stütze, ein Wirtschaftler, ein Autoführer und eine Küchenmagd, zusammen also 10 Personen.

Was muß das für eine Summe sein, die 18 Landarbeiter dem Besitzer zu verdienen haben, damit er und neben ihm neun andere Personen leben können. Wenn die Summe trotzdem zusammenkommt, ist das ein Beweis dafür, daß an der Landwirtschaft, entgegen allen anderen Behauptungen, riesig viel verdient wird, und daß gar keine Veranlassung vorliegt, auch nur im geringsten von einer Not der landwirtschaftlichen Unternehmer zu sprechen.

Rückgang der Kohlenförderung im Ruhrgebiet.

Aus den Feststellungen des Reichs-Statistischen Amtes ergibt sich, daß die arbeitsfähige Kohlenförderung und Kohlegewinnung im Ruhrgebiet in der Woche vom 3. bis 8. Mai 1928 wieder zurückgegangen ist. Die Kohlenförderung betrug 306 600 Tonnen gegenüber 329 400 Tonnen in der ersten Maiwoche und 378 800 Tonnen im Durchschnitt des Jahres 1913. Die Kohlegewinnung stellt sich auf 54 000 Tonnen. Sie ist arbeitsmäßig gegenüber der Vorwoche um 100 Tonnen gesunken und betrug im Jahre 1913 im Durchschnitt des Arbeitstages 68 400 Tonnen. Eine rückläufige Bewegung zeigen auch die Warentransporte der Reichsbahn einschließlich der Stück- und Eilguttransporte. Die Wagenstellung wird arbeitsmäßig mit 114 400 Tonnen für die erste Maiwoche angegeben, gegenüber 117 400 Tonnen in der Vorwoche und 133 500 Tonnen im Jahre 1913. Auf dem Rhein ist allerdings infolge des englischen Streiks eine starke Belebung des Verkehrs festzustellen. Der Gesamtverkehr hat um rund 153 000 Tonnen zugenommen, wovon allein 84 000 Tonnen auf die Zunahme der Kohlenverladungen an der Ruhr entfielen. Auch in den Häfen des Mannheimer Bezirkes ist durch starke Brennstoffverladungen der Umschlag um über 20 Prozent gestiegen.

En und für sich scheint sich eine gewisse Entspannung der Lage durchzusetzen. So wird für die zweite Maiwoche die Zahl der Konturze (arbeitsmäßig) mit 54 angegeben. Damit liegt die Durchschnittszahl um drei niedriger als in der ersten Maiwoche, aber um drei höher als in der dritten Aprilwoche. (Die Durchschnittszahl im Frieden betrug 32.) Dem entspricht ein Zurückgehen der Wechselproteste sowohl bezüglich der Zahl als auch der Summe. Für Ende April wird die arbeitsfähige Zahl der Wechselproteste mit 509 festgesetzt. Sie sank sich für Anfang Mai auf 370 (arbeitsmäßig). Die Summe verringerte sich von 624 200 Mark auf 449 100 Mark.

Die Preisgestaltung verlief in der zweiten Maiwoche durch aus unruhig. Gesunken sind nach den Feststellungen des Reichs-Statistischen Amtes Schrot, Zint, Blei, Ham, Weizen und Roggen. Jedoch sind hier die Ermäßigungen von so geringem Umfang, daß der Bewegung nur vorübergehende Ursachen zugrunde liegen dürften. Im allgemeinen scheint sich eine steigende Preisneigung durchzusetzen. Auf dem wichtigen westdeutschen Schrotmarkt ist die Lage unverändert geblieben, auch auf dem Eisenmarkt ist die Geschäftslage bei unveränderten Preisen ruhig.

Soweit der Arbeitsmarkt in Frage kommt, ist festzustellen, daß die Nachfrage nach Arbeitskräften aus der Landwirtschaft nach Beendigung der Frühjahrsarbeiten nachgelassen hat. Unverändert ungenügend ist die Lage im Bergbau, der Metall-, Möbel-, Textil- und Lederindustrie. Dagegen weisen die Stickerindustrie, das Sattler- und Tapeziererhandwerk, sowie die Bekleidungsindustrie gewisse Besserungen auf.

Der Zusammenschluß in der optischen Industrie.

Vor einiger Zeit erfolgte ein Zusammenschluß der wichtigsten Werke der deutschen optischen und photographischen Industrie, nämlich der Carl-Zeiss-Werke in Jena, der Ica-A.G. in Dresden, der Optischen Anstalt C. P. Goerz-A.G. in Berlin, der Contessa-Kettele-A.G. in Stuttgart und der Ernemann-Werke in Dresden. Die Produkte dieser Werke konnten bis zum Kriege nicht nur in Deutschland, sondern auch auf sämtlichen Auslandsmärkten nahezu konkurrenzlos abgesetzt werden. Während des Krieges jedoch hat die optische Industrie des Auslandes große Fortschritte gemacht, und die deutsche optische und photographische Industrie sieht sich nun plötzlich in einen scharfen Konkurrenzkampf gestellt, in dem sie nur durch weitgehende Rationalisierung und Zusammenlegung mit den ausländischen Werken Schritt halten kann. Von diesen jetzt zusammengeschlossenen Unternehmen sind, wie Fritz König in der Betriebsratzeitschrift für die Metallindustrie ausgeführt hat, die Zeiss-Werke, die Ica-A.G. und die Ernemann-Werke-A.G. schon vor 1900 gegründet worden, die Optische Anstalt C. P. Goerz-A.G. wurde 1903 errichtet, und nur die Contessa-Kettele-A.G. ist eine Nachkriegsgründung aus dem Jahre 1920. Die letztere Gesellschaft war von Anfang an der schon vor dem Kriege bestehenden Interessengemeinschaft Zeiss-Ica angeschlossen. In der neuen Interessengemeinschaft scheinen die Zeiss-Werke die führende Rolle als Dach- und Spitzengesellschaft zu spielen. Dieses Unternehmen ist, wie allgemein bekannt sein dürfte, durch die Stiftung von Ernst Abbe in eine Produktionsgenossenschaft umgewandelt worden, wobei jedoch Leitung und Verwaltung rein privatwirtschaftlich blieben. Es ist nun aber zu befürchten, daß diesem Unternehmen dadurch, daß es jetzt dem neuen wirtschaftlichen Machtgebilde vorsteht, allmählich der ihm von Abbe verliehene Zug demokratischer Wirtschaftsführung verloren geht.

Unternehmerbetrug mit der „Gewinnbeteiligung“.

Unzweifelhaft das größte englische Unternehmen ist der Konzern der Brüder Lever, dessen Begründer, der berühmte Lord Leverhulme, erst kürzlich gestorben ist. Dieser Konzern, dessen Betriebe Seife, Parfümerien, Wollwäpfe, Margarine usw. herstellen, verfügt über ein Aktienkapital von 84 1/2 Millionen Pfund (14 Milliarden Goldmark). Bekannt und viel diskutiert ist das System der Gewinnbeteiligung für die Arbeiter und Angestellten, das von Lord Leverhulme seinerzeit eingeföhrt und in der Presse seither mit großer Reklame angepriesen wurde. Die Gewinnbeteiligung der Arbeiter erfolgt, wenn eine Dividende von über 5 Prozent auf die gewöhnlichen Aktien verteilt wird. Für das Jahr 1925 wird keine Dividende auf die gewöhnlichen Aktien verteilt, und deshalb werden auch die Arbeiter und Angestellten nichts erhalten. Der Grund hierfür sind aber nicht etwa mangelnde Gewinne des Konzerns. Das riesige Kapital des Konzerns ist nämlich derart verteilt, daß von den 84 1/2 Millionen Pfund 8 Millionen Pfund auf Obligationen und mehr als 54 Millionen Pfund auf Vorzugsaktien entfallen. Die gewöhnlichen Aktien, deren Dividende für die Gewinnbeteiligung bestimmt ist, vertreten dagegen nur 24 Millionen Pfund. Es ist daher leicht möglich, daß, um die Gewinnbeteiligung zu vermeiden, die Direktion den verhältnismäßig geringfügigen Betrag von 24 Millionen ohne Dividende läßt, oder aber für diesen Teil des Kapitals so geringfügige Dividenden verteilt, daß eine Gewinnbeteiligung nicht statufindend braucht. So geschah es auch in diesem Jahre. Auf diese Weise gelingt es dem großen englischen Unternehmen, die wohlthätende Einrichtung der Gewinnbeteiligung auf dem Papier aufrecht zu erhalten, ohne etwas dafür zahlen zu müssen.

Antliche Devisenliste der Berliner Börse

vom 15. Mai.	
1 Hund Sterling	20,40
1 Dollar	4,18
100 bel. Gulden	105,79
100 bel. Francs	12,68
100 neue Roma	29,77
100 neue Gulden	20,93
100 neue	14,70
100 neue	110,16
100 fr. Franco	12,655
100 bel. Kronen	12,117
100 Schweizer Francs	81,11
100 bel. Kronen	60,49
100 bel. Kronen	112,21
100 bel. Kronen	5,585
100 bel. Kronen	57,14

Bergeht die Sammelisten nicht!

Vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund wird uns mitgeteilt, daß die Nachrichten über die Lage des Streiks in England es noch nicht rechtfertigen, die Sammlungen einzustellen. Der Bundesvorstand des ADGB wird am Montag zu den Verhältnissen in England nochmals Stellung nehmen, so daß weitere Mitteilungen in kurzer Zeit erwartet werden können.

Noch keine Neuregelung des Unterstützungs-systems für die Erwerbslosen.

Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstages behandelte am Samstag die Erwerbslosenfrage. Mit Rücksicht auf die Regierungsumbildung ging man einstweilen noch nicht an die Beratung der Regierungsvorlage zur Neuregelung des Unterstützungssystems, sondern nahm, wie wir bereits ankündigten, zur Stellung zu der Verlängerung der bestehenden Unterstützungssätze, deren Geltung am 22. Mai abläuft. Ministerialrat Weigert vom Reichsarbeitsministerium erklärte, die beiden verantwortlichen Minister seien der Auffassung, daß eine kurzfristige Verlängerung der gegenwärtigen Unterstützungssätze nur bei einer Einschränkung auf 75 Prozent des letzten Lohnes möglich sei. Die Länder hätten bei dem Reich darüber Klage geführt, daß die Unterstützungssätze vielfach an die Löhne heranzwögen. Auch der Vertreter der preussischen Regierung betonte, daß die Unterstützungssätze vielfach die Löhnsätze überschritten. Von der Festlegung eines Satzes von 75 Prozent wollte er nichts wissen.

Hg. Hoch (Soz.) wies die Behauptung von der vielfachen Ueberschneidung der Löhne durch die Unterstützungssätze zurück. Er betonte, daß in den weitaus meisten Fällen die Ueberschneidungen nur bei Arbeiterkategorien vorkommen, denen er-bärmlich niedrige Löhne gezahlt werden. Eine Herabsetzung der Sätze gerade in diesen Fällen sei eine Brutalität. Hoch legte einen Antrag vor, der die Reichsregierung erucht, die Gültigkeit der bestehenden Bestimmungen über die Erwerbslosenfrage un-geändert bis Ende Juni 1926 auszudehnen. Bei der Abstimmung über den Antrag stimmten die Vertreter der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen dagegen. Sozialdemo-kraten und Kommunisten dafür; die Vertreter des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei, der Demokraten und der Sozialen enthielten sich der Stimme.

Bei der wenig entgegenkommenden Haltung des Reichs-arbeits- und des Reichswirtschaftsministeriums wird der Reichs-tag kurzen Prozeß machen müssen, wenn die bisherigen Unter-stützungssätze unverändert bis zur Verwirklichung der Zwischen-lösung in Geltung bleiben sollen. Die entsprechende Sachlage dazu, das heißt ein Initiativantrag, ist wie wir erfahren, von der Sozialdemokratischen Fraktion bereits vorbereitet.

Der Ausbau des Bauarbeiterlohnes.

Die häufigen schweren Bauunfälle der letzten Zeit, bei denen eine Reihe von Arbeitern zum Teil getötet oder schwer verletzt wurden, gaben den Bauarbeiterorganisationen Ver-anlassung, nun auch die alten Forderungen zum Ausbau des Bauarbeiterlohnes mit besonderem Nachdruck geltend zu machen. Die Sozialdemokratische Fraktion des Reichstages beantragte ebenfalls, nach Ausschluß der Bauarbeiter vom Ausbau des Lohnes der Bauarbeiter. Am 15. November 1926 über die Bauarbeiterlohnfrage, die Bauarbeiter der Nation, sowie über die soziale Einstellung von Bauarbeiter-Verhältnissen und Herabsetzung von Arbeiterentlohnungen. Wie wir erfahren, geht in den nächsten Tagen eine Vorlage der Reichsministerien an die Reichstagskammern, um neuen Bestimmungen darüber nachzugehen, inwieweit die Rechte und Gewinne der Bauarbeiter durch die Herabsetzung der Bauarbeiterlohnfrage. Das Ergebnis der Vorlage wird in etwa vier Wochen dem Reichstag vorzulegen werden.

Schwere Wahlniederlage der deutschnationalen Handlungsgehilfen.

Als letzte in der Reihe der Berliner Großbanken fand am 12. Mai dieses Jahres die Betriebsratswahl in der Deutschen Bank statt. Hier hatte der deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband ganz außerordentliche Anstrengungen gemacht, die Stimmen der Angestellten für sich zu gewinnen. Mit den üblichen demagogischen Mitteln, Unwahrheiten und Entstellungen führte der D. H. B. den härtesten Kampf gegen den ihm verhafteten Allgemeinen Verband der Deutschen Bankangestellten. Das Wahlergebnis aber gestaltete sich zu einer geradezu nieder-schmetternden Niederlage der Deutschnationalen. Die Sätze des D. H. B. wurden im Betriebsrat von 4 auf 2 reduziert, während der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten 11 Sätze erringen konnte. Das Gesamtwahlergebnis in den Berliner Großbanken ist das folgende: Von 85 Betriebsratsitzen entfallen auf den Allgemeinen Verband 58, den D. H. B. 18, die Oberbeamten 7, die Deutschnationalen 4 — ein Wahlergebnis, das von der überragenden Position des Allgemeinen Verbandes bereites Zeugnis ablegt.

Lohnforderungen der französischen Bergarbeiter.

Der Nationalrat der französischen Bergarbeiter hat eine Entschließung angenommen, in der angefordert wird, daß die gesteigerten Lebenshaltungskosten eine allgemeine Erhöhung der Löhne in kürzester Zeit gefordert wird. Die Entschließung billigt ferner die vom Internationalen Bergarbeiterkongress in Ostende eingenommene Haltung gegenüber dem englischen Generalstreik und versichert die englischen Bergleute nochmals der Solidarität der französischen Kameraden.

In den nordfranzösischen Bergbaubezirken ist bereits eine Einigung über die Lohnherabsetzung zustande gekommen. Um diese Abmachungen auf die anderen französischen Gebirgsbezirke aus-zudehnen, sind schon Verhandlungen eingeleitet worden, von denen man sich ein günstiges Ergebnis erwartet.

Beendigung des Londoner Doharbeiterstreiks.

London, 16. Mai. Der Streik der Doharbeiter ist beigelegt worden. Für die vollständige Wiederaufnahme der Arbeit sind vorläufige Abmachungen getroffen worden. Die Bedingungen für die Einigung liegen so genau nach denjenigen des Wohnens mit der Dohararbeitern. Die Arbeit wird am Montag wieder auf-genommen werden. Die Verhandlungen zwischen den Londoner Zeitungsetzern und den Gewerkschaften der Drucker haben noch zu keiner Einigung geführt.

Wirtschaft. Unerzinsliche preussische Reichsmarkbankweisungen.

Die Preussische Staatsbank (Sechsbank) teilt dem Amt-lichen Preussischen Pressedienst mit, daß infolge der weiteren Erleichterung des Geldmarktes der Discount für die unerzinslichen preussischen Reichsmarkbankweisungen vom 17. Mai ab um 7/8 Prozent ermäßigt wird. Die Abgabe der Sach-anweisungen erfolgt demnach bis auf weiteres an Banken, Bankiers und Sparkassen zum Satze von 4 1/2 Prozent, an Private zu 4 1/2 Prozent. Mit Rücksicht darauf, daß der für die Sechsbank an den Banknoten besetzte Betrag nur bis zur Deckung der Guthaben der Banknoten und anderer im wesentlichen nur an Sparkassen zur Verfügung ihrer Einlegerbestände erfolgen konnte.

Eine interessante Gegenüberstellung.

Die oben erwähnten Unternehmer legen über die fast ausschließliche Beschäftigung ihrer Betriebe. Das in der Tat vielfach eine hohe Beschäftigung allerdings nicht durch Verkäufen der Arbeiter, sondern durch eine Beschäftigung, die auf dem

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Glatzstraße 4/6, durch die Zweig-Expeditionen der „Volkswacht“: Neue Grampenstr. Nr. 5, durch die Zweig-Expeditionen: Bismarckstraße 140, sowie durch alle Postämter zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 2 Pf. Goldmark, monatlich 1.70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2.08 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung
Verlagsort und Geschäftsstelle: **Dresden 2**
Verlags- und Geschäftsstelle: **Rebellen Ring 1206, Rebellien Ring 3162**
Postfach-Rote: **Postfach-Amt Dresden Nr. 3852**

Anzeigenpreis: Je Zeile für gewöhnliche Anzeigen aus Schlesien 10 Pf., auswärts 17 Pf., Anzeigen unter Tag: 70 Pf., Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellengesuche, Verlobungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf., Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das selbe Wort 4 Pf., Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Glatzstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Volkssentscheid am 20. Juni

Morgen Regierungserklärung.

Bevorstehende Entscheidungen.

Das Kabinett Marx hat am Montag sein Amt angetreten. Seine Geburt ist auf eine etwas eigentümliche Art vor sich gegangen, die nachträglich noch einer Kritik bedarf. Nachdem Gehler und Wbenauer erledigt waren, setzten sich die aus dem Amt geschiedenen und nur einstweilen mit der Fortführung der Geschäfte beauftragten Minister zusammen, um aus ihrer eigenen Mitte einen Mann zu wählen, den man dem Reichspräsidenten als Nachfolger Luthers in Vorschlag bringen könnte. Das Ergebnis war die Betrauung von Marx.

Uns erscheint der Weg, der hier eingeschlagen worden ist, zum mindesten recht bedenklich. Das Kabinett, und zumal ein solches, das seine Gesamtaufgabe gegeben hat, ist kein Verein, der sich einen neuen Vorsitzenden wählen kann, und kein Kurfürstenkollegium, das die Krone dem nach seiner Ansicht Würdigsten zuerkennt. Man hat hier einen Präzedenzfall geschaffen, der unter Umständen einmal sehr unangenehme Folgen nach sich ziehen kann, und wir möchten dringend raten, daß in Zukunft ein so ungewöhnliches Verfahren nicht mehr beliebt wird. Selbst wenn die bisherigen Regierungsparteien und mit ihnen der Reichspräsident der Ansicht waren, daß die alte Koalition auch die Basis für das neue Kabinett bilden solle, so wäre es doch richtig gewesen, daß Hindenburg der parlamentarischen Tradition folgend, mit den Führern der verschiedenen Fraktionen Rücksprache genommen hätte und auf Grund der so gewonnenen Eindrücke zu einer Entscheidung gekommen wäre.

Freilich hat das Zentrum erst nach einigem Widerstreben Herrn Marx zur Verfügung gestellt und es kann sich darauf berufen, daß die Ansicht der Minister für seine Entscheidung nicht maßgebend gewesen sei. Aber es hat sich doch zuletzt der vom Kabinett ausgehenden Initiative angeschlossen und sie auf diese Weise gewissermaßen sanktioniert. Die Bedenken, die es zunächst hegte, betraf ja auch nicht sowohl das Verfahren als vielmehr die zweifelhafte Stellung, die die Deutsche Volkspartei eingenommen hatte. Es wollte weder Marx noch einen anderen zur Verfügung stellen, bevor über das politische Ziel der Volkspartei Klarheit geschaffen worden sei.

Ob das geschehen ist, wird von der Auslegung abhängen, die man dem am Sonntag von den Vertretern der beiden Parteien niedergelegten Protokoll gibt. Das Zentrum ist der Auffassung, daß mit ihm der Weg zur Wiederherstellung einer Rechtsregierung versperrt sei. Der Wortlaut des Dokuments läßt jedoch zum mindesten die Annahme zu, daß die Volkspartei den Deutschnationalen eine Tür öffnen wollte. Aber alles wird ja schließlich darauf ankommen, was die Parteien in dem Moment wollen, wo sie sich aufs neue vor die Frage gestellt sehen, ob die gegenwärtige Regierungsbasis ausreicht. Beide, und vor allem Zentrum, sind der Ansicht, daß dieser Moment sehr bald eintreten muß, vielleicht schon unmittelbar, nachdem die Entscheidung über die Fürstenabfindung gefallen ist. Das Zentrum denkt ernsthaft daran, dann die Große Koalition zu schaffen. Daß die Volkspartei dasselbe Ziel verfolgt, ist mindestens zweifelhaft.

Für die Sozialdemokratie ist die Frage nach den zukünftigen Möglichkeiten zunächst von untergeordneter Bedeutung. Wir haben es heute mit der Regierung zu tun, so wie sie ist. Sie unterscheidet sich von ihrer Vorgängerin nur durch die Neubesezung des Kanzlerpostens, und es läge an sich der Schluss nahe, daß wir ihr gegenüber also auch keine andere Haltung einnehmen dürften als es diejenige war, die zur Demission des Kabinetts Luther führte. Nur dürfen wir nicht vergessen, daß unsere Interpellation und unser Mißtrauensvotum sich ausdrücklich auf Herrn Luther beschränkt haben. Einmal, weil er die Flaggenvorordnung verantwortlich gekennzeichnet hat, und zum anderen, weil uns die Unmöglichkeit bewußt war, die vorige Regierung in ihrer Gesamtheit zu heiligtigen und eine neue auf einer ganz neuen Grundlage aufzubauen. Den Konsequenzen, die sich aus dieser Sachlage ergeben, werden wir uns Auge sehen müssen.

Der französische Finanzminister Peret ist am Montag in London eingetroffen, um die Verhandlungen zur Regelung der französischen Schulden an England aufzunehmen.

Auf zum Volkssentscheid!

Die Reichsregierung hat beschlossen, den Volkssentscheid am Sonntag, den 20. Juni, stattfinden zu lassen.

Amlich wird dazu gemeldet: Der Reichsminister des Innern hat durch Verordnung vom 17. Mai die näheren Anordnungen für die Durchführung des Volkssentscheids getroffen. Gegenstand des Volkssentscheids ist die Frage, ob der im Volksbegehren verlangte, vom Reichstag abgelehnte Entwurf eines Gesetzes über die Entleerung der Fürstenvermögen Gesetz werden soll. Der Stimmzettel erhält eine entsprechende Frage vorgegedruckt. Die Stimmabgabe erfolgt in der Weise, daß der Stimmberechtigte, der die zur Abstimmung gestellte Frage bejahen will, das mit „Ja“, der Stimmberechtigte, der sie verneinen will, das mit „Nein“ bezeichnete Kreuz durchkreuzt. Stimmzettel und Stimmkarten sind vom 6. bis einschließlich 18. Juni auszuliegen. Die Gemeindebehörden sind ermächtigt worden, die Auslegung schon früher beginnen zu lassen. Der Wortlaut der Verordnung wird heute, Dienstag, im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht werden.

Nur formale Regierungserklärung.

Die Erklärung der neuen Reichsregierung dürfte nur ganz kurz und rein formaler Natur sein. Die bürgerlichen Fraktionen beabsichtigen ebenfalls in ihrer Mehrzahl nur kurze Erklärungen abzugeben, so daß die Vorstellung der neuen Regierung bereits am Mittwoch zu Ende sein kann und am Donnerstag schon die Ferien beginnen können.

Die Tägliche Rundschau“ erklärt heute, daß ein Vertrauensvotum nicht verlangt wird und auch nicht nötig sei. Sie dürfte sich insofern täuschen, als die Verfassung zur Führung der Regierungsgeschäfte das Vertrauen des Reichstages vorschreibt. Im allgemeinen hat der Reichstag diese Verfassungsformel so ausgelegt, daß auch die Billigung der Regierungserklärung genügt. Es ist anzunehmen, daß sich die Regierung mit einem solchen Votum begnügt. Als wahrscheinlich gilt, daß die Kommunisten einen Mißtrauensantrag einbringen. Die Sozialdemokratie ist sich zwar über ihre Haltung noch nicht endgültig schlüssig geworden, aber es kann schon heute kein Zweifel darüber bestehen, daß sie einem Mißtrauensvotum, von welcher Seite es auch kommt, gegen das Kabinett Marx nicht zustimmen wird.

Das „Berliner Tageblatt“ weiß heute zu melden, daß die Deutschnationale Fraktion sogar einem Vertrauensvotum für das Kabinett zustimmen will, wenn die Regierung die Flaggenvorordnung sofort durchführt, gegen den Volkssentscheid für die Fürstenabfindung einschlägt und Stellung nimmt und schließlich sofort ein Reichsschulgesetz vorlegt. Der Reichskanzler soll entsprechende Zusagen abgelehnt haben.

Die Deutschnationalen machen ihre Haltung von der Regierungserklärung abhängig.

Der Reichskanzler hat am Montag nachmittag die Führer der Reichstagsfraktionen empfangen und sie um die Einstellung der einzelnen Parteien gegenüber seinem Kabinett gebeten. Vorkäufig verwaltet Marx neben der Reichskanzlei auch das Justizministerium und das Ministerium für die besetzten Gebiete. Der neueste Plan ist, das Ministerium für die besetzten Gebiete mit Dr. Bell zu besetzen, während Marx bis zu der bald erwarteten Umbildung seiner Regierung, auch die Reichsjustizverwaltung zu leiten gedenkt. Er traut sich also trotz seines Alters noch sehr viel zu und das ist immerhin beachtenswert. Der Reichskanzler wird aber bei dem besten Willen nicht in der Lage sein, beide Ämter, also sowohl das der Reichskanzlei als das des Reichsjustizministeriums, so zu verwalten, wie es erwartet werden muß, wenn er sich nicht schleunigst mit erfahrenen und politisch einwandfreien Mitarbeitern umgibt. Auch ihm dürfte nicht unbekannt sein, daß der Staatssekretär der Reichskanzlei ein völlig deutschnational orientierter Mann ist, der bisher u. a. seine Aufgabe auch darin gesehen hat, die Verbindung der Regierung mit der deutschnationalen Reichstagsfraktion aufrechtzuerhalten. Bleibt dieser Zustand bestehen, dann dürfte das alte Vertrauensverhältnis der Republikaner zu dem Reichskanzler niemals wiederhergestellt werden.

Es ist auffallend, daß die Deutschnationalen dem Kabinett Marx gegenüber nicht sofort in Opposition treten, sondern ihre endgültige Entscheidung von der Regierungserklärung abhängig machen wollen. Mit ihrer „schärfsten Opposition“ gegen Marx ist es also nicht sehr weit her.

Die Sozialdemokratische Fraktion vertagte ihre Entscheidung über die Haltung zum Kabinett Marx auf heute, Dienstag.

Der Heimatschutz und die Vaterländischen

Zweimal tauchte in den letzten Wochen das Wort „Heimatschutz“ auf, angewandt auf eine Geheimorganisation der vaterländischen Verbände, die im engsten Anschluß an das Reichsheer angegliedert für die Landesverteidigung geheimnisvolle Vorbereitungen treffen. Die totgejahrigene Petition des Professors Quidde, die sich mit den nationalistischen Wehrbündnern befaßt, war die erste Druckschrift, die es wagte, dem Namen auszusprechen, der seit Monaten in den eingeweihten Kreisen bekannt ist. Ihr folgte die Severing-Druckschrift an den Feme-Ausschuß des Reichstages, die umfangreiches Material über die neue Geheimorganisation enthält. Nachdem die Feme-Druckschriften für „nicht geheim“ erklärt wurden, nachdem allenfalls in der Öffentlichkeit Teile der Petition Quidde diskutiert wurden, nachdem aber vor allen Dingen die „Woh“ nach einer Information des Innenministeriums die aktuelle Gefahr nationalstiller Dummheiten meldete, ist es notwendig, einmal grundsätzlich zu dem Problem Heimatschutz und Verbände zu sprechen. Die stete Aufhelei und ewig lebenden Gerüchte, die Kleinigkeiten aufhauen und wesentliches übersehen, sind wohl geeignet, Unruhe zu stiften, aber ebenso wenig, wie die Vermutungen an die Wahrheit herankommen, ebenso wenig kann von ihnen ein positiver Vorschlag auf Abstellung gewisser Mißstände erfolgen. Und gerade die Kritik, die Abstellung verlangt und vorschlägt, sucht man vergeblich. Wie die Landesverteidigung ein Problem des Wehrministeriums sein muß, wie das Wehrministerium aus bürokratischen Ueberlegungen zu den vaterländischen als Helfer greift, wie auf der anderen Seite die Republikaner nicht verstanden haben, gewisse Gebiete des politischen Lebens sich zu erhalten, das alles sind Fragen von solcher durchschlagender Bedeutung, und höchster Aktualität, die endlich einmal sachlich betrachtet werden müssen.

Ueber die Schwärze Reichswehr als Reichsheerzweck für innere und äußere Unruhen ist in den letzten Wochen soviel gesagt worden, daß es sich erübrigt, auf sie einzugehen. Aber wie diese Einrichtung, die zuletzt bei der Besetzung Sachsens im Herbst 1923 eine üble Rolle spielte, abgelöst wurde, um durch ein anderes System ersetzt zu werden, ist durch tausend Männer so verschiedentlich kommentiert worden, daß eigentlich niemand weiß, wo die Sage anfängt. Severing sagt in seiner Druckschrift: „Der Zusammenbruch der Schwarzen Reichswehr im Rüstener Putz war ihr Ende in der damaligen Form.“ Daraus darf man schließen, daß eine andere Form der Wehrbereitschaft gefunden und praktiziert wurde. Diese Form ist der Heimatschutz. Er erstreckt sich über das ganze Land, setzt sich aus den Stahlhelmverbänden zusammen und unterhält, — wie die Reichswehr keineswegs leugnet — intime Beziehungen zu unseren Feldgrauen.

Die Ehrhardtgruppen, die 1923 die treibende Kraft aller innerpolitischen Ereignisse waren, gehören nicht in den Heimatschutzverband, da sie, von starkem Mißtrauen gegen die Seerleute befeht, fürchten, daß ihnen die Aktiven im entstehenden Augenblicke in den Rücken fallen würden. Der Jungdeutsche Orden, dessen Hochmeister Mahraun in den letzten Wochen durch erfundene und zusammenkombinierte Enthüllungen über „Ostorientierung der Vaterländischen“ viel von sich reden machte, hat sich ebenfalls nicht in den Verband aufnehmen lassen.

Es ist außer Frage, daß der Mann, der für sich den Ruhm in Anspruch nimmt, den größten Teil Deutschlands nationaler Jugend in seinem Heerbann zu führen, ein psychopathischer Schwärmer und directionsloser Phantast ist.

Figuren auf dem innerdeutschen Schauplatz sind einzig und allein Stahlhelm und Ehrhardt. Von diesen wieder ist der Bund der Wehrmänner der ungefährlichere, da er in seiner Extremität das ausschlaggebende Reichsheer, von unweiselichen Teilen insbesondere von Bayern abgesehen, zum Gegner hat und haben wird. Gewiß kann Ehrhardt über kurz oder lang mit ihnen, kann er unserer Wehrkraft durch innerpolitische Komplikationen heftig haben, aber seine Unternehmungen sind einseitig, weil sie sich auf eine beschränkte Anzahl militärischer Einheiten stützen, die Rolle der nationalen Parteigänger, die Armees des Stahlhelms und der Reichswehr, von der Gruppe ganz zu schweigen, aber nicht heranzuziehen. Anders steht es mit dem Stahlhelm aus.

Im Reich sind Offiziere bestellt, die bestimmte Funktionen für den Fall der notwendigen Landesverteidigung vorzubereiten sollen. Sie werden wie aus Altersbeschlagnahmen bekannt ist, von der Reichswehr finanziell unterstützt. Diese Offiziere sind zu 95 Prozent Mitglieder des Stahlhelms. Das heißt also, der Heilmschutz ist von dem Geist des Stahlhelms durchdrungen, das heißt: Er will den Staat der Frontsoldaten, will den Staat im Staate, wie uns die Presseherausgaben des Bundes täglich unverblümt verraten. Die Ideologie des Verbandes und die der Reichswehr sind leicht auf einen Nenner zu bringen, denn auch diese sind standesbewußt, nationalistisch, völkisch, und, im Gegensatz zur Demokratie, aristokratisch. Weil der Heilmschutz staatsheilmisch ist, müssen wir ihn als eine Gefahr der Republik beurteilen und können Herrn Gehler den Vorwurf nicht ersparen, durch diese Form der Landesverteidigung die Demokratie, wenn nicht zu verraten, so doch stark gefährdet zu haben.

Eine Betrachtung des Kräfteverhältnisses aber, wird uns die dräuende Gefahr vor Augen halten, und die Notwendigkeit einer Reform des militärischen Betriebes als einzige Lösung erscheinen lassen. Die Kraft der Wehrverbände besteht aus drei Faktoren: wehrfähige Mitglieder, Bewaffnung und Mitläufer. Daneben spielt die politische Bedeutung durch Beziehungen und Verbindungen eine gewisse Rolle. Da aber der Stahlhelm die Augenberger zu den Seinen zählt, da der Oberst Nikolai ihm nahesteht, ist seine politische Macht nicht gering. Diese Leute sind bei der Innenorganisation eines nach unbedingt militärischem Vorbild aufgebauten Verbandes innerhalb weniger Tage marschbereit, sind also mit anderen Worten mobilmachungsfähig. Die Waffen, die mit Kleinfalbergewehren, Gewehren 98, schweren und leichten Maschinengewehren und technischen (Train- und Pionier-) Gerät erschöpft sein dürften (wenige Geschütze spielen keine große Rolle), sollen für 100 000 Mann ausreichen. Das heißt mit anderen Worten die Reichswehr kann um das Doppelte verstärkt werden, oder die Reichswehr kann einen zahlenmäßig gleichstarken Gegner jederzeit vor sich sehen. Ganz besonders wichtig in dieser Betrachtung sind die Mitläufer und Deserteure aus anderen an sich staatsfeindlichen Bänden. Die Disziplin in den verschiedenen Gruppen ist nicht so vortrefflich, daß sie im Augenblicke irgend einer Aktion in der Lage sei, ein Ueberlaufen zum Stahlhelm zu verhindern. Die Zahl dieser Leute läßt sich auch nicht annähernd angehen, dürfte aber die Zahl Reichswehr + Stahlhelm weit überlegen. Wenn dagegen Ehrhardt oder gar Jungdo-Aktionen tätigen sollten, so wird der Zutrom aus dem Stahlhelm gleich Null bleiben, da dort die Disziplin durch die prozentuale Mehrheit von Frontsoldaten — sowohl im Verhältnis des Stahlhelms zum Stahlhelmsystem, als auch im Verhältnis zu anderen Bänden — bedeutend ist.

Auch das Zentrum wünscht Änderungen in der Reichsanleihe.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat dem Reichskanzler bereits am Montag durch ihren Vorsitzenden, den Abgeordneten Stegerwald, mitteilen lassen, daß sie eine Änderung in bezug auf die maßgebenden Beamten der Reichsanleihe und auch einen Wechsel in der Leitung der Presseabteilung der Reichsregierung wünscht. Vorläufig haben sowohl der Staatssekretär der Reichsanleihe Kemper wie der Reichspressesekretär ihre Ämter zur Verfügung gestellt. Sie sind jedoch gebeten worden, zunächst ihre Posten weiter auszuüben. Man nimmt an, daß sie erledigt werden, sobald die Regierung sich dem Reichstag vorgestellt hat. Borek wird es jedoch noch des nötigen Drucks auf die maßgebenden Instanzen bedürfen.

Sozialdemokratischer Antrag für Schwarz-Rot-Gold.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird in den nächsten Tagen im Reichstag einen Gesetzentwurf einbringen, der bestimmt, daß die Schwarz-weißrote mit einer Schwarz-rot-goldenen Güte versehenen deutschen Handelsflagge nur auf

Schiffen geführt werden darf. Die Verwendung des Reichspräsidenten würde mit der Annahme dieses Gesetzes überflüssig. Es ist vorläufig eine andere Frage, ob die Fraktion für ihr Gesetz eine Mehrheit im Parlament erreichen wird.

Freiheit über alles.

Clas stellt Strafantrag gegen die Polizei. Das Oberhaupt der deutschen Putschisten, Herr Clas, hat pünktlich die Sache wiedergelesen, und freudig, wie er nun einmal ist, versucht er in einer langen Erklärung seinen Putschvorhaben in bezug auf seine Person zu bekräftigen. Das wegt ein Mann der Öffentlichkeit vorzulesen, dessen aktive Teilnahme am Putsch nachgewiesen ist und der sich so selbst als Täter bekräftigt. Über Clas geht noch weiter. Er bekräftigt nicht nur den wehrhaftesten Mut, eine Strafanzeige gegen die Polizei wegen „Hausfriedensbruch und Verletzung des Briefgeheimnisses“ anzukündigen, sondern will darüber hinaus auch Strafantrag wegen Verletzung des Urheberrechts stellen. Er betrachtet seine Berichte für das Haus Doorn also als literarisches Erzeugnis. Der Oberputschist steht eben in jedem Fall mit der Wahrheit im Streit, und es ist deshalb verständlich, wenn er versucht, selbst einen Brief als literarisches Erzeugnis hinzustellen.

Aber je mehr Clas in seiner Erklärung versucht, sich zurückzunehmen, umso mehr erbringt er, ohne es selbst zu bemerken, den Nachweis für die gegen ihn erhobenen Vorwürfe. Er will nicht die geringsten Putschvorstellungen getroffen haben — aber er hat in Unterhaltungen mit „nationalen Männern“ über die verwerfliche Lage des deutschen Volkes gesprochen und dabei „nach Mitteln, Wegen und Männern“ gesucht, um der Not im letzten Augenblick zu steuern. Das Ergebnis war die „Anerkennung“ der Aufmarschpläne gegen Berlin und die Vorbereitung eines Direktoriums mit Persönlichkeiten, die, ebenso wie Clas, als Putschisten bekannt sind.

Es wäre für Herrn Clas besser gewesen, wenn er auch in Zukunft noch geschwiegen hätte. Für jeden, der lesen kann und sehen will, ist seine Erklärung der beste Beweis für seine Putschabsichten!

Keine Vermehrung der ständigen Ratsfraktion im Völkerbund.

Deutschlands Eintritt im September.

Die Studienkommission des Völkerbundsrats hat am Montag ihre Arbeiten mit einem Ergebnis beendet, das Deutschland durchaus zu befristeter Mitgliedschaft vermag. Es ist jedenfalls damit zu rechnen, daß der deutsche Eintritt in der Septemberversammlung unter allen Umständen erfolgt, und zwar ohne vorherige Änderung des Völkerbundstatuts. Auch die Zahl der ständigen Sitze bleibt unverändert, während die nichtständigen Mandate von 8 auf 9 erhöht werden.

Es war von vornherein zu erwarten, daß die Studienkommission ihre Aufgabe nicht von organisatorischen, sondern mehr von politischen Gesichtspunkten aus anfaßt werden würde. In Anbetracht der enormen Schwierigkeiten, die z. B. bei der Vermehrung der ständigen Ratsfraktion unüberwindlich waren, blieb schließlich gar nichts anderes übrig. Brasilien und Spanien haben zwar ihre Forderung nach ständigen Sitzen nicht aufgegeben und sich nach der Ablehnung ihres Verlangens für desinteressiert erklärt, ohne daß aber vorläufig ihr Austritt aus dem Völkerbund wahrscheinlich wäre. Das Ziel der maßgebenden Völkerbundmitglieder geht jedenfalls dahin, sie in diesem Sinne zufriedenzustellen.

Genl. 17. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Studienkommission zur Vorbereitung der Reorganisation des Völkerbundsrats wurde sich am Montag dahin schlüssig, als einstimmige Ansicht folgende Grundzüge dem Völkerbundsrat vorzuschlagen: 1. Die nichtständigen Mitglieder des Rates werden auf die Dauer von drei Jahren gewählt; jedes Jahr wird ein Drittel neu gewählt. Die Mitglieder treten ihr Amt sofort nach ihrer Wahl an. 2. Ein ausstehendes Mitglied kann während der folgenden drei Jahre nicht wieder gewählt werden, sofern die Bundesversammlung nicht mit einer Mehrheit von zwei Dritteln anders beschließt. Die Zahl der von der Bundesversammlung wieder gewählten Mitglieder darf nicht mehr als ein Drittel der Gesamtzahl der nichtständigen Mitglieder ausmachen. 3. Die Völkerbundversammlung kann jederzeit mit Zweidrittelmehrheit eine Neuwahl aller nichtständigen Mitglieder beschließen. 4. Die Zahl der gewählten Mitglieder wird auf neun erhöht. 5. In der nächsten Bundesversammlung werden sofort neun Mitglieder gewählt, je drei auf die Dauer von drei, zwei und einem Jahr.

Beginnende Schwierigkeiten für Pilsudski.

In Warschau sind inzwischen wieder normale Verhältnisse hergestellt. Die Parteien beschäftigen sich mit der Frage der Bildung der neuen Regierung. Die Sozialistische Partei hat hierfür eine Reihe von Forderungen aufgestellt, unter denen an erster Stelle stehen: Auflösung des Senats und Wahl Pilsudskis zum Staatspräsidenten und Berufung einer Arbeiter-Bauern-Regierung ohne Beteiligung der Rechts und des Zentrums. Bestimmte Forderungen haben auch die übrigen

linksstehenden Parteien gestellt, die mit der Sozialistischen Partei gegen das gestrige Kabinett Bilus in Opposition standen, insbesondere die Bauernpartei und die Partei Demokraten. Die Rechtsparteien halten sich in Warschau zunächst noch zurück. Aus den inzwischen wieder erschienenen Blättern dieser Parteien, die allerdings unter Vorzensur stehen, geht hervor, daß sie grundsätzlich das Ziel anstreben, „Recht und Ordnung“ wieder herzustellen. Was sie darunter verstehen, folgt die schärfste Haltung der nationaldemokratischen Kreise in Polen, die die Umwälzung in Warschau als nicht verfassungsmäßig ansehen und sie daher für rechtsunwürdig erklären.

Es bleibt abzuwarten, ob ebenfalls von Polen her versucht wird, den Standpunkt der Rechtsparteien weiter mit der Waile in der Hand zu verteidigen. Grundtätig hat sich jedoch bereits eine ähnliche Situation herausgebildet, wie während des russischen Krieges im Jahre 1920, wo sich ebenfalls in Polen mit separabilistischen Tendenzen die politischen und militärischen Führer nationaldemokratischer Richtung zusammenschlossen. Der Beschluß der letzten Sitzung des gestrigen Kabinetts in Warschau vom 15. Mai spricht ganz offen von der Gefahr eines Kampfes der Teilgebiete; diese Gefahr steht hinter den oben angeführten Gegenfragen.

Pilsudski wird daher nicht geringe Schwierigkeiten haben, um seine Regierung und die Neuwahl des polnischen Staatspräsidenten auf verfassungsmäßigem Wege durchzuführen, oder er wird eben einen Weg wählen müssen, der in der Verfassung nicht vorgesehen ist. Mit anderen Worten, der Staatsstreich in Warschau ist noch nicht zu Ende, und es sind sogar noch Ueberraschungen möglich.

Die Forderungen der polnischen Sozialistischen Partei.

Die Kämpfe zwischen den Truppen Pilsudskis und der vergangenen Regierung Bilus haben insgesamt gegen 300 Menschen das Leben gekostet, während rund 1000 Verletzte in den Krankenhäusern und in Privatpflege sind. Ein sehr großer Teil dieser Opfer sind Zivilisten, die aus Neugier und trotz aller Warnungen sich in den Bereich des Feuers geradezu gedrängt hatten. Im übrigen aber muß hervorgehoben werden, daß während dieser Kämpfe im Innern einer Großstadt auch nicht die geringste Ausschreitung gegen das Eigentum vorgekommen ist. Am Montag wurden die Toten unter militärischen Ehren bekränzt und alle, ob Militär oder Zivil, in einem gemeinsamen Massengrab beigesetzt.

Die polnischen Sozialisten, die ein Angebot der Kommunisten auf Errichtung einer Sowjetherrschaft sofort bei Beginn der Kämpfe zurückgewiesen haben, wünschen die Auflösung des Parlaments, da dieses eine demokratische Mehrheit nicht hat und somit die Forderungen der Sozialisten und des „Arbeiter-Klubs“, der Partei des Ministerpräsidenten Bilus, auf Durchführung der Bodenreform, nationale Autonomie für die geschlossenen wohnenden Arbeiterkolonien, starke Steuerpolitik usw. vom jetzigen Parlament kaum beschlossen werden dürften. Die Verfassung bestimmt jedoch, daß der gegenwärtige Sejm, der das erste Abgeordnetenhaus der polnischen Republik ist, vor Ablauf seiner Wahlperiode nur durch eigenen Mehrheitsbeschluß aufgelöst werden kann; die Wahlperiode läuft jedoch erst in etwa 1 1/2 Jahren ab. Man herät eifrig darüber, wie trotzdem die Auflösung herbeigeführt werden könnte.

Die Neuwahl des Staatspräsidenten hat die Nationalversammlung vorzunehmen, d. h. Sejm und Senat in gemeinsamer Versammlung. Die Mehrheit dieser Versammlung würde an sich ebenfalls nicht als konstituierend zu bezeichnen sein. Trotzdem aber ist die Linie darin ziemlich einig, daß die Neuwahl des Präsidenten der Republik alsbald und auf die vorgeschriebene Art erfolgen müsse.

Die polen Reaktionäre haben einen Beschluß gefaßt, daß die Nationalversammlung nicht in Warschau tagen dürfe. Aber da Warschau die gesetzliche Hauptstadt Polens ist, wird die Nationalversammlung eben in Warschau tagen, und wenn das nicht paßt, der wird fern bleiben können. Die zwischen Polen und Warschau stehenden polen Truppen sind bereits nach Polen zurück unterwegs. Irigens eine Kandidatur für die Stelle des Präsidenten der Republik ist bis jetzt nicht bekannt.

Die polnischen Sozialisten und auch die linken Bauernparteien sowie andere sozialistische und demokratische Gruppen stellen als Ziel der Umwälzung, die sie als eine demokratische Revolution bezeichnen, die Bildung einer Regierung der Arbeiter und Bauern dar, jedoch nicht etwa im Sowjetstille, sondern als das Ergebnis maßgebender Bestimmung der Arbeiter- und Bauernparteien in diesem Staate, der außer Arbeitern und Bauern nur eine schwache Bourgeoisie und darüber jene Schicht von Großgrundbesitzern hat, der ein moralischer Anspruch auf Vorkemmerschaft nicht zu gebilligt werden kann.

Die belgische Regierungskrise.

Flamme Jaspers mit der Kabinettsbildung beauftragt. Brüssel, 17. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Beratungen zur Beilegung der Regierungskrise sind am Montag wieder aufgenommen worden, vorläufig allerdings ohne ein bestimmtes Ergebnis. Der König empfing den Kammerpräsidenten Brunet, den Außenminister Vandervelde, sowie den Senatspräsidenten

Der Bürge.

Roman von Th. S. Hall Caine.

58]

„Hörte ich mich eigentlich“ frag er sich selbst und klopfte das Buch wieder. Eine Gedankenwelle schwebte auf ihn ein, daß ihm schwindelte. „Ich muß meinen Schwur halten“ dachte er, und gleich darauf — „ich verliere den Verstand“ und sodann — „ich bin ein Gau.“

Dann sah er sich in der Kirche um. Hätte er in diesem Augenblicke Gredas gesehen, so würde das Feuer in seinem Herzen ausgebrannt und jeder Gedanke an seinen Schwur erloschen sein, wie früher schon. Zwar sah er sie nicht, aber er dachte an sie, und seine Seele war weig.

Der Gottesdienst war zu Ende. Er ging und suchte jemanden zu meiden. Aber Johs Bairbrother trippelte ihm nach, berührte seinen Arm, sah mit gestirntem Lächeln zu ihm auf und sagte:

„Du weicht wohl nicht, wo sie ist?“

„Wer?“

„Dann weicht du's wirklich nicht, he?“ sagte Johs mit viel-fregendem Blick.

„Wen meinst du — Greda?“

„Natürlich. Sie ist fort. Aber es heißt Eaten noch sitzen tragen, bis das zu sagen.“

Johs nickte als er dies hörte, Gentleman Johs mit kräftigen Knien, der den Gedanken taumeln ließ, aus dem Wege und rannte mit großen Sprüngen gegen Dagen.

„In der Tat,“ murmelte Johs, „man könnte wahrhaftig meinen, er wolle es nicht.“

Die Frau in Stepp, die Johs aus der Kirche gefolgt war, nun mit ihm zu sprechen, sagte: „Licht ihn in Ruhe. Es ist der Geist des Herrn, der in ihm kämpft.“

Der alte Dagen aber, der eben zugewandert, sagte: „Licht nicht's, Frau — Licht in Kopf.“

Als Johs nach Dagen kam, fand er die anderen Bairbrother dort versammelt. „Wer hätte Greda am Abend vorher bemerkt, und nachher er hätte Morgen — Sonntag morgen — fünf aufgefunden mit Hilfe er seine Trägheit so weit übermüdet, daß er noch immer Bairbrother hätte, um in der Kirche zu erscheinen. Mit Ausnahme Johs waren bekannt alle nach Dagen gekommen und verabschiedeten sich in ihrer gewöhnlichen Art eine Nachsicht. Sie konnten nicht mit einer gewissen Dage-

suchung von Gredas Zimmer. Dort fanden sie in einem Schrank eingeschlossen zwei Briefe, die offenbar bei der heiligen Abreise vergessen worden waren. Der eine war Gredas Brief an Johs, den sie nicht hatte abgeben wollen, der andere war Michael Sunlocks Brief an Greda. Die Bairbrother lasen beide mit steigender Verwunderung und Jakob hatte Gredas Brief in seine Tasche. Sie lasen den eben Sunlocks Brief, als Johs eintrat und erschrocken festhielt beim Kahlis seines abgeschlossenen Geheimes, über das ältere Schweißtropfen herabrollten.

„Was bedeutet das? Wo ist sie?“ sagte er.

„Obne ein Wort zu sagen, reichten sie ihm den Brief. Er überflog ihn mit einem Blick und brachte ihn in seinen Händen, wie einer, der nicht lesen oder nicht lesen kann.“

„Wo ist sie?“ fragte er noch einmal und richtete dabei seine hilflosen Augen auf die Gesichter der Umstehenden.

„Das weiß der Teufel“, antwortete Jakob, „aber kann — lies — Michael Sunlocks“, und er glitt mit dem Finger über diese Unterschrift.“

Johs Regte entstand sich ein Schöner wie das Brummen eines wilden Stieres, und er schaute sich um wie ein geheimer Hund. Er wollte noch nicht auf was sich seine Mut entladen sollte.

„Es ist einfach ganz klar, daß sie zu ihm gegangen ist“, sagte Jakob.

„Was“, sagte Thurston, „habt ihr nie, wie er von Colletown herbeikommt, um ihr den Hof zu machen?“

„Es heißt doch in jedem Mädchen etwas von einem Teufel“, sagte Dagen.

„Es kam so überraschend schnell“, meinte Thurston.

Ein gewöhnliches Mädchen überlag Johs Gesicht. „Ist die das ein erbarlicher Herr gewesen“, murmelte er, indem er auf den Papier in seiner Hand blickte. „Es würde so lauern, weiß Gott! Doch im nächsten Augenblick wurde sein Gesicht blank und er sagte: „Weißt du, Jakob?“ und damit warf er den Brief hin und starrte aus dem Saal.“

„Es ist noch ein anderer Brief“, sagte er, „auf dem Namen des Gredas steht. Ich habe ihn nicht gesehen, aber ich habe es gesehen, wie er mit dem Namen des Gredas gekommen und mich dabei im Saal.“

Johs blickte herüber und beredete sich die sechs Bairbrother. „Greda“, sagte Thurston, „das ist soviel wie General-Gouverneur.“

„Zum Teufel!“ sagte Johs.

„Sie wird reich werden“, sagte Jakob, „ich habe immer gesagt, daß sie für eine Dame passe.“

„Sind wir haben da eine schöne Geschichte angefaßt“, meinte Stean.

„Ihr wolltet ja nicht auf meinen Rat hören“, sagte Dagen.

„Ich war immer dafür, das Mädchen gut zu behandeln.“

„Hall!“ sagte Jakob, „noch ist es nicht zu spät.“

„Nun, was ist hier noch zu tun?“ fragten die anderen.

„Ihr folgen!“ sagte Jakob.

„H!“ — „Hört. Wir würden gut tun, wenn wir Ballacaine verkaufen, ihr den Erlös brähten und sagten, daß wir nicht beschuldigen, es ihr vorzuenthalten.“

„So, das ist nicht übel“, sagte Johs.

„Ein General-Gouverneur hat Geld“, bemerkte Jakob.

„Wer oder was gehen?“ fragte Dagen.

„Gehen? Hm! Wenn Himmel! Ich würde mich nicht weigern, selbst zu gehen.“

„Und ich hätte nichts dagegen, ihn zu begleiten“, sagte Johs.

Und so wurde es abgemacht. Die vier andern aber sagten bei sich selbst: „Und des Gouverneurs Geld?“ und jeder kam zu dem Schluß, daß wenn Jakob und Johs nach Island gingen, sie alles für sich einladen würden, was es dabei einzuhaben gab, und daß es nötig wäre, mitzugehen, um diesen Betrag vorzubringen.

Johs sah.

Johs sahste auf der Insel keine Schulden bis auf den letzten Heller. Dann machte er sich auf nach Island — mit weniger Geld in der Tasche, als Adam Bairbrother damals dort hin getragen. Auch wollte er über Michael Sunlocks den Mann, den er haben ging, nichts weiter, als daß er in Reykjavik war. Nur soviel hatte er in dem Brief gelesen, den die Bairbrother in Dagen ihm in die Hand gegeben. Das Schrift auf welcher er sich nicht besah, war ein Kauschpapier zwischen Rosenzügen und den weiteren Seiten von Sunlocks und Jakob. In der dänischen Hauptstadt aber dachte er sich einen Weg auf einem Boot nach Island, der nach Reykjavik gelangen war. Seine doppelte Reise nahm mehr als sechs Wochen in Anspruch, obwohl ein harter und stürmischer Wind von der Küste Schottlands nach der langen Dünemünde, und von da wiederum nach Island die Fahrt beschleunigte.

(Fortsetzung folgt)

Roedels Im Vordergrund steht immer noch ein Kabinett Brunet mit Franqui als Finanzminister. Auf die Sozialisten wird ein harter Druck ausgeübt, um sie zum Verzicht auf ein oder zwei Ministerposten zu bewegen.

Der Ministerpräsident beschloß im Einvernehmen mit mehreren führenden Finanzministern, die Kommerz am Dienstag um die Vollmacht zu bitten, von der Nationalbank 1 1/2 Milliarden Vorschuss zu verlangen.

Brüssel, 18. Mai. (Eigener Fundbericht.)

Der König beauftragte am Montag Abend nach dem endgültigen Bericht Brunets den früheren Staatsminister Japaz mit der Regierungsbildung. Japaz gehört der katholischen Partei an.

Heute Beginn der Abrüstungskonferenz.

Genf, 18. Mai. (Eigener Fundbericht.)

Die vorbereitende Abrüstungskonferenz, die sich heute versammelt und einige Wochen tagen dürfte, besteht aus 20 Delegationen der Mächte, sowie aus Deutschland, Argentinien, Bulgarien, Chile, den Vereinigten Staaten, Finnland, Holland, Polen, Rumänien und Südafrika. Die künftigen Vertretungen weisen Deutschland und die Vereinigten Staaten mit je 10 Mann auf, dann folgen Spanien mit 8, Italien und Japan mit 7, Frankreich mit 6, Großbritannien und einige andere mit fünf Mann usw. Unter den Hauptdelegierten befinden sich eine Reihe von Ministern. Diplomatische Sachverständige gibt es im ganzen 75. Von den Institutionen, die die Delegationen mit nach Genf bringen, weiß man aus früheren Beratungen, daß Frankreich auch alle Kriegsindustrien und die Transportmittel der Staaten in das Studiengebiet stellen wird, während England und die Vereinigten Staaten entschlossen zu sein scheinen, mit einigen praktischen Eingriffen eine wirkliche Beförderung der einschlägigen Rüstungen herbeizuführen. Der deutschen Delegation ist der Weg durch die Verhältnisse ziemlich genau vorgezeichnet.

Deutscher Reichstag.

Ein Teilerfolg der Sozialdemokraten in der Erwerbslosenfrage.

Die Sitzung wird um 3 1/4 Uhr eröffnet. Zur Beratung stehen die Anträge der Sozialdemokraten und Kommunisten zur Erwerbslosenfürsorge. Die Sozialdemokratische Fraktion stellt den Antrag, die Reichsregierung zu ersuchen, die Verordnungen über die Erwerbslosenfürsorge unverändert gemäß dem Beschluß des 9. Ausschusses bis Ende Juni 1928 zu verlängern.

Abg. Brey (Soz.)

weist darauf hin, daß sich der Sozialpolitische Ausschuss am Dienstag mit dieser Materie beschäftigen wird. Deshalb sei es heute nicht möglich, auf alle Einzelheiten einzugehen. Die Sozialdemokratie wolle durch ihren Antrag verhindern, daß die Erwerbslosen und Kurzarbeiter jetzt vor dem Nichts stehen. Gleichzeitig bringt sie aber zum Ausdruck, daß die Frage der Erwerbslosenunterstützung nicht länger durch Beratungen geregelt werden darf. Wir werden bei den Beratungen im Ausschuss zunächst für eine Zwischenlösung eintreten, doch aber auch die Forderungen zur Geltung bringen, die in unserer Interpellation über die Unterstützung der Arbeitslosen und Kurzarbeiter zum Ausdruck gebracht worden sind. Unser Antrag beruht auf den eingehenden Beratungen und Beschlüssen des Ausschusses, wir erwarten daher, daß Sie unserem Antrage Ihre Zustimmung geben. Die Arbeitslosigkeit ist ein Teilproblem unserer wirtschaftlichen Verhältnisse. Es liegt nicht von Verstandes für die soziale politische und wirtschaftliche Tragweite dieses Problems, wenn man eine Lösung versucht, indem man die Unterstützungen einschränkt. Mit den jetzigen Unterstützungen kann kein Erwerbsloser seinen Lebensunterhalt bestreiten, und wenn die Arbeiter zu wählen hätten, zwischen Arbeitslohn und Erwerbslosenunterstützung, so würden sie in keinem Falle der Unterstützung den Vorzug geben. Das Gerade von der übertriebenen Höhe der Erwerbslosenunterstützungen ist also hinlänglich. (Sehr richtig b. d. Soz.)

Nun behaupten manche sogenannten Wirtschaftskenner, daß ein neuer Aufschwung bevorstehe, die Zahl der Erwerbslosen also bald abnehmen werde. Die Wirklichkeit sieht aber ganz anders aus. Noch nie waren in der gleichen Jahreszeit die Beschäftigung der Baustoffindustrien so unzureichend wie gegenwärtig. In wichtigen Zweigen der Schmelz- und Erzeugungsindustrien vermehrt sich die Zahl der Arbeitslosen und der Kurzarbeiter noch immer. Von einem Abbau der Arbeitslosigkeit kann auch nach den zuletzt veröffentlichten Zahlen keine Rede sein. Mehr als drei Millionen Menschen sind auf Unterstützungen angewiesen. Ein großer Teil der Erwerbslosen erhält allerdings nicht mehr Unterstützungen, aber nicht, weil sie Arbeit gefunden haben, sondern weil sie ausgereizt und hilflos der Verelendung überantwortet sind. Im Gegensatz zu jenen, die einen wirtschaftlichen Aufschwung der Wirtschaft voraussetzen, stehen andere Wirtschaftskundige, die ankündigen, daß die Zahl der Erwerbslosen noch weiter zunehmen wird. Die Kriminalstatistik zeigt uns deutlich, welche Gefahren die dauernde Erwerbslosigkeit mit sich bringt. Die Arbeitslosen haben zwar abgenommen, dagegen steigt die Zahl der Vergehen gegen das Eigentum. Diese Tatsache muß doch jedem Sozialpolitiker zu denken geben. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Zahl der Selbstmorde und Familienmorde infolge Erwerbslosigkeit ist überhaupt nicht mehr übersehbar. Wir werden bei den Beratungen dieses Problems auch dafür sorgen müssen, daß die durch die sogenannte Nationalisierung aus dem Produktionsprozeß hinausgedrängten wieder in ihn hineingebracht werden. Die Hilfe für die Erwerbslosen ist der beste Ausbau des inneren Marktes. Erfolgt jetzt keine Ergänzung und Erweiterung der Erwerbslosenfürsorge, so haben die Arbeiter das Recht, zu sagen, dieser Reichstag und diese Regierung verstehen nicht, unsere Interessen zu wahren und zu verteidigen. (Sehr Beifall b. d. Soz.)

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns

wendet sich gegen die Forderung der Kommunisten auf Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung um 50 Prozent. Eine solche Belastung sei weder für das Reich noch für die Länder und Gemeinden tragbar. Sie würde auch dazu führen, daß die Erwerbslosenunterstützung vielfach nicht nur bei den Arbeitslosen, sondern bei den Arbeitern höher steigen würde als der Arbeitslohn. Dem sozialdemokratischen Antrage stimme die Regierung zu. Dem Problem der Erwerbslosigkeit wende die Regierung ständig ihre größte Aufmerksamkeit zu.

Abg. Häbel (Komm.) begründet einige kommunistische Anträge, wonach die Unterstützungen um 50 Prozent erhöht, die Karenzzeit abgeschafft und die Arbeit der Regierung mäßigert wird, wonach die Unterstützungen nach Lohnstufen gestaffelt werden sollen.

Damit ist die Beratung geschlossen. Ein kommunistischer Antrag wird den Ausschüssen überwiesen, ein zweiter wird abgelehnt. Der sozialdemokratische Antrag wird angenommen. Den zuständigen Ausschüssen wird überwiesen ein Antrag der Volkspartei, daß diejenigen landwirtschaftlich nutzbaren Grundstücke im besetzten und bisher besetzten Gebiete, die dem Reich zur Anlage von Spezial-, Schieß-, Sportplätzen usw. für die Besatzungstruppen überlassen werden müssen, im Falle der Zurückführung der Besatzungstruppen oder sonstigen Freiwerdens auf Verlangen des früheren Besitzers innerhalb einer Frist von sechs Monaten dem Freiwerden zu dem Preise überlassen werden, den das Reich bei dem Erwerb gezahlt hat.

Ein kommunistischer Antrag auf Erhöhung der Zuschläge zum Grundgehalt der Besatzungsgruppen I bis IX wird abgelehnt. Abg. Targler (Komm.) Das Elend der Beamten ist seit dem Dezember des vorigen Jahres, wo man sich das letzte Mal mit dieser Frage beschäftigt habe, nicht geringer geworden, und eine Besserung der Besoldung ist deshalb dringender erforderlich.

Präsident Süss macht darauf aufmerksam, daß der Abg. Targler im Ausschuss sich ausdrücklich mit der debattierten Ueberweisung des Antrags an den Haushaltsausschuss einverstanden erklärt habe. (Sehr. Beif. Beif.) Sämtliche Parteien hätten sich also darauf eingerichtet, daß dieser Antrag jetzt nicht verhandelt werde. Es sei eine Täuschung des Reichstags, wenn der Abg. Targler die sofortige Abstimmung über den Antrag verlange. (Sehr richtig!) — Der Antrag wird darauf dem Haushaltsausschuss überwiesen.

Der Antrag des Rechtsausschusses auf Ablehnung des kommunikativen Antrages, wonach eine Wiederaufnahme des Verfahrens gegen die Urteile des Staatsgerichtshofes ermöglicht werden soll, wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen.

Gegen 5 Uhr vertagt sich das Haus auf Dienstag nachmittag 2 Uhr. Tagesordnung: Handelsverträge mit Spanien, Portugal und Honduras, Zukunftsvertrag zum deutsch-französischen Abkommen, Abkommen mit Dänemark und Island, Antrag auf Aufhebung des Gesetzes zum Schutze der Republik.

Aus Schlesien.

Bestialischer Mord eines Selbstschuß-Angehörigen.

Zum Tode verurteilt.

Das Schwurgericht in Brieg verurteilte den 24-jährigen Wirtschaftler Martin Winkler wegen Ermordung seiner 58 Jahre alten Tante, der Stellenbesitzerin Maria Sperlich, aus Schumannsdorf zum Tode. Der Verurteilte war im Jahre 1920 beim Selbstschuß und wohnte bei der Ermordung nach seiner Entlassung aus der Formation. Er sollte eine ihrer Nichten heiraten und die Wirtschaft übernehmen. Nach Oberschlesien zurückgekehrt, wählte er sich eine Braut und verlebte im September 1925 einen Selbstmordversuch. Im Sommer hatte er der Tante einen nächtlichen Einbruchsbesuch abgestattet, angeblich, um Handgranaten zu politischen Zwecken zu holen. Nach diesem Versuch wieder zur Tante zurückgekehrt, kam es am 6. Oktober 1925 zur Katastrophe. Als sie seine Braut beschimpfte, hieb er sie mit dem Stiefel auf den Kopf. Da die Tante daraufhin wie tot dalag, schob er sie in den Backofen und machte darin ein Feuer an; sodann begab er sich zur Ruhe. Asche und Knochen schüttete er in eine Jauchekanne und fuhr sie auf das Feld. Die bestialische Tat fand noch eingehender Verhandlung ihre Sühne durch das oben gekennzeichnete Urteil.

Wittichenau, bei Hoyerwerda. Vom Auto zu Tode gefahren. Ein recht kurzes Ehepaar ist dem Eisenbahnstationen Wittichenau beschließen gewesen. Seine Gattin wollte ihn vom Bahnhof abholen. Beim Ueberqueren der Straße, nahe am Ziel, wurde sie von einem Auto erfasst, überfahren und getötet. Die Frau hatte erst vor drei Wochen geheiratet.

Hitzschberg. Der Mörder der Gräfin Samborski gefasst? In Spitzelstraße auf der böhmischen Seite des Riesengebirges wurde bei einem mißglückten Raubüberfall auf den Gemeindevorsteher ein Mann festgenommen, der von den Behörden für den Mörder der Gräfin Samborski aus Straußberg gehalten wird. Ein bei ihm vorgefundener Zettelfragmente lautete auf den Namen Guisinpeltor Franke aus Berlin, Baumchulowweg. Die Begleiterin des Verhafteten ist entflohen.

Randzin. Beim Rangieren überfahren. Auf dem hiesigen Bahnhof sprang ein Eisenbahner von einem Güterzug, der untranchiert werden sollte, ab. Er kam dabei zu Fall und geriet unter die Räder des Zuges. Beide Beine wurden dem Verunglückten abgefahren, der jetzt hoffnungslos darniederliegt.

Baun. Moderne Kindesleichenbeseitigung. In Klein-Döbich bei Baun wurde mittags ein Auto beobachtet, dessen Insasse in der Nähe des Ruchenhäusel ein verdächtiges Paket in die Spree warfen. Das Paket wurde nach kurzer Zeit wieder an Land geschwemmt und man fand darin den Leichnam eines neugeborenen Kindes.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Nötigung!

Gemeindevorsteher, Gemeindevorsteher!

Der Gemeindevorsteher Huth aus Biskopsvalde macht sich, die Gemeinde- und Kreisverordneten bei den Gemeindevorsteherhandlungen zu vertreten. Wir waren alle parteigenössigen Gemeindevorsteher, Schöffen und Gemeindevorsteher, sich von Herrn Huth vertreten zu lassen.

Die Art und Weise, wie Huth die Eingemeindungsfrage behandelt, ist geeignet, die Gemeinden eher zu schädigen als zu fördern. Herr Huth will einen Magerstudienverband gründen und Beiträge erheben. Nach dem Satzungsentwurf für diesen Verband beträgt der Beitrag 20 Pf. für jeden Einwohner. Wir haben keine Veranlassung, einen neuen Verband anzugehen, der nur Beiträge erhebt und doch nichts aussieht kann. Für uns kommt nur der Kreis kommunalwissenschaftlich in Betracht, der die Interessen der Gemeinden in ausreichender Weise vertritt wird. Darum laßt Herr Huth in Biskopsvalde!

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins, Abteilung Kommune Arbeitsgemeinschaft.

Kreisvorstände! Ortsgruppenvorstände!

Der Termin zur spätesten Einsendung der Berichtsformulare ist nun abgelaufen. Wir ersuchen dringend, nun auch sofort das Berichtsformular auszufüllen und einzusenden. Es darf keine Ortsgruppe durch unnötige Verzögerung Schuld daran sein, wenn wir das Gesamtergebnis nicht veröffentlichen können.

Alle Ortsgruppen, die noch bis Ende dieser Woche das Berichtsformular ausgefüllt einsenden, werden im nächsten Mitteilungsblatt bereits veröffentlicht werden. Auch die Ortsgruppen, wo keine wesentlichen Ergebnisse zu verzeichnen sind, müssen uns das Berichtsformular dann eben mit einer Meldung einschicken. Es ist aber dringend erforderlich, daß wir das Berichtsformular auf alle Fälle von jeder Ortsgruppe erhalten.

Die Kreisvorstände sind verpflichtet, alle Ortsgruppen ebenfalls noch nachdrücklich auf die Pflicht des Berichts aufmerksam zu machen.

Wo man die Agitation noch fortsetzen will, kann man noch Material (Flugblätter, wie zur letzten Agitation) vom Bezirkssekretariat erhalten. Wir bitten dringend darum, solches, wo es gewünscht wird, baldigst anzufordern.

Der Bezirksvorstand.

Breslau, S. P. D. Am Donnerstag, den 20. Mai, abends 8 Uhr, findet bei Wende unsere Monatsversammlung statt. Da sehr wichtige Fragen behandelt werden, ist es Pflicht aller Parteigenossen und Genossen, an der Versammlung teilzunehmen. Jedes Mitglied bringe einen Gast mit.

Weiwig. Das Unglück in der Sandgrube. Zu dem Unglücksfall in der Weiwigter Sandgrube, bei dem drei Kinder getötet wurden, werden noch folgende Einzelheiten gemeldet: Der tragische Vorfall trat am Sonntag nachmittags zu. Als die Eltern der verunglückten Kinder sich wegen deren Ausbleibens zu sorgen begannen, schickten sie einen Jungen nach der Sandgrube. Dieser kam gerade an, als die Sandmassen auf die vier spielenden Kinder herabgestürzt waren. Der fünfte Junge holte sofort Hilfe aus Weiwig herbei und es gelang, den Sohn des Arbeiters Bente zu retten, während die anderen drei nur noch als Leichen geborgen werden konnten. Die Namen der verunglückten Kinder sind: Sühmann, Hunger und Tarfshnik. Es erscheint angebracht, daß die Kinder in der Schule auf die Gefahren beim Spielen in der Sandgrube aufgeklärt werden.

Wasserstand

	18. Mai.
Neißer	1,40
Neiße (Stadt) v. 16. 5.	0,42
Neißemündung (Unter-Regel)	1,78
Rauern (Unter-Regel)	2,76
Brieg (Mastentram)	2,44
Dobersdorf	1,80
Abflusmenge (täglich) 115 cbm	
Teichen	1,24
Fürstenberg v. 15. 5.	1,83
Wassermenge: + 18,6%	

Rennbesucher

schützen sich durch "4711" vor Anspannung. Der zarte Duft der "4711" wirkt wie eine köstlich erfrischende Wolke, die alles Unerwünschte fernhält. "4711" bewahrt die Nervenruhe und läßt Müdigkeit nicht aufkommen.

Man bediene sich nur der ges. gesch. "4711" (Blau-Gold-Etikette). Seit 1792 stets in der gleichen, unübertroffenen Güte nach eigenem Original-Rezept.





Kölnisch Wasser

4711 Kölnisch Wasser Seife

4711 Kölnisch Wasser Badesatz

Kramplbergelbweine.
Bunden alt. Richten.
Sümmertreiben, Jantuden
heißt fester und schnell
Selt- u. Rühlalbe
hautbildend, schmerz-, juckend
Hylea-Apotheka, Breslau
Lauensteinstraße Nr. 81
Ede Grünstraße.

Liederbuch
des Reichshaus
Schwarz - Rot - Gold
69 Lieder mit Noten
Preis 90 Pf.
Volkswacht - Buchhandlung

Druckerei
Volkswacht
BRESLAU 2
Flurstraße 4/6
übernimmt alle Anfertigung sämtlicher Druck-Arbeiten Industrie, Handel, Vereine u. Gewerkschaften in ein- u. mehrfarbiger Ausführung bei preiswerter Berechnung u. schnellster Lieferung.
Spezialisten
Klein-Druckerei

Stadt-Theater.

Dienstag 7 Uhr:
„Die Zauberflöte“
 Mittwoch 7 1/2 Uhr:
 18. Vorstellung im Schauspielhaus.
„Der Carneval in Rom“
 Donnerstag 8 Uhr:
„Der Tanz im Wandel der Zeiten“

Schauspielhaus.

Operettenbühne.
 Tel. Stephan 87 400.
 Täglich abends 8 Uhr:
„Der große Seltenscheitelfall“
 Sene,
 Lotte,
 Liede,
„Josefins Töchter“
 Samstag 8 Uhr:
 Zum ersten Male:
„Ammerarie“
 Pfingst-Sonntag und Montag
 nachmittags 3 1/2 Uhr:
 Sene,
 Lotte,
 Liede,
„Josefins Töchter“
 Pfingst-Sonntag und Montag
 abends 8 Uhr:
„Ammerarie“

Lobetheater

Reifingstr. 8, Tel. Nr. 6774.
 Dienstag, Mittwoch
 abends 8 Uhr:

„Der Widerpenfigen Zähmung“
 Mittwoch nachm. 7 1/2 Uhr
„Dibello“

Theater

Schwerstr. 3, Tel. Nr. 4700
 Dienstag, Mittwoch
 abends 8 Uhr:
„Selben“

Liebt-Theater.

Telefon: Stephan 34646.
 Täglich 8 Uhr:
„Apollo? Nur Apollo!“
 Die Operettenrevue
 des Wiener
 Apollo-Theaters in der
 Originalbesetzung.
 Eintrittspreise v. 0,75-5,50 M.

Bitte bei allen Ein-
 käufen ist es
 die Inserenten unserer
 Zeitung zu berücksichtigen

T. d. N. Fürstenstraße Nr. 32
 Linie 1, 21, 18, 16, 23.

Bis Donnerstag vorläufig!
Die Rose von Paris
 Aus dem Schicksal einer Witwe. 11893
 Niemand versäume das hervorragende Programm!

**Eine Iodernde Fackel
 der russisch. Revolution**

**Panzerkreuzer
 Potemkin**

Ein Meisterwerk russischer Darstellung
 Ein Wunderwerk der Sowjet-Filmkunst

Der unverkürzte Original-Film
 wird bei uns vorgeführt

Ah-Lichtspiele

Schweidnitzer Straße 37
 Täglich 4 Uhr

Promenaden-Theater

Danzkarsplatz - Promenade
 Bei schönem Wetter im Garten
 Täglich 5 Uhr

Mißfarbene Zähne

entstellen das schönste Anlitz. Über Mund-
 geruch wirkt abstoßend. Beide Schönheits-
 fehler werden sofort in vollkommen unbeden-
 klicher Weise beseitigt durch die erfindende
 Zahnpaste Chlorodont. Überall zu haben.

493

Bioche nie

Dr. med. Schäfer
 Mittwoch, den 18. Mai, abends 8 Uhr
 in der „Wilhelmsburg“, Neudorfstraße 54:
Mitgliederversammlung
 u. anschließend: Vortrag des Herrn Wächter über:
Kinderkrankheiten
 und ihre prophylaktische Behandlung.
 Mitglieder frei. Gäste 20 Pf.
Neuschwäbischer Verein Breslau, gest. 1913, E. V.
 Geschäftsführer: Verein zur Hebung der Volkswirtschaft durch
 Dr. med. Schäfers Mineralstoffkur. Rösslinger, 1. Vor.

**Kaufe gleich
 zahle
 später!**

Mingstern

Für jedermann neue Bekleidung
 auf Teilzahlung sofort und bequem bei der **D B G**
 zu kleinen Preisen bei großer Auswahl

Damen - Moden Herren - Moden Maß - Abteilung

Damen: Kleider, Kostüme, Blusen, Röcke, Strick-Kleider, Westen, Complots, Barberry, Gummi- und Leder-Handel, Sport- u. Kinder-Bekleidung

Herren: Anzüge, Smoking, Fracks, Taz- Anzüge, Herren- Barocken- u. Knaben- Ulster, Paläto, Gummi- u. Leder- mähel, Windjacken, Hosen

Mäß-Abteilung für Damen u. Herren
 Deutsche und original eng-
 lische Stoffe unter Garantie
 für guten Sitz und
 beste Verarbeitung.
 Spezial: Sportbekleidung

Anzahlung 1/4 (ein Viertel der Kaufsumme), Restbetrag
 in 6 Monatsraten. Beamte und Angestellte in sicherer
 Stellung erhalten unsere Waren

ohne Anzahlung
 Jede Mark, die Sie zum Einkauf bei uns verwenden,
 bedeutet eine Verdoppelung ihres Wertes.

Deutsche Bekleidungs-Ges.

Breslau 1 Junkernstr. 38/40

Unsere 4 großen Schaufenster sind
 eine ständig wechselnde Modenschau

**Dresson
 Walschmid**

Gute, billige
Bekleidung
 für
jedermann

Es macht schlank!

Herr Johannes Köhler, Altenburg i. Thür., Uferstr. 7, schreibt uns:
 „Seit 4 Jahre langem Suchen, verbunden mit großen Geld-
 kosten des Probierens, habe ich endlich das gefundene, was
 gegen Korpuenz mit Erfolg und ohne Schaden anzuwenden
 ist, das Kruschen-Salz.“

Dieses Urteil ist nichts besonders Verwunderliches, sondern eine ganz natürliche
 Folge der Wirkungen des Kruschen-Salzes.
 Kruschen-Salz ist von allerbesten Einwirkung auf Leber und Nieren, es treibt
 die überflüssigen wässrigen Massen, die den Körper aufschwellen, auf natür-
 liche Weise heraus. Deshalb ist Kruschen-Salz von großem Einfluß auf das
 körperliche Normalgewicht.

In Apotheken und Drogerien M. 3.— pro Glas, für 3 Monate ausreichend.
BEUTHIEN & SCHULTZ G. M. B. H., BERLIN N 39, PANKSTRASSE 13-14
 Fabrikager: Heinrich Weber, Breslau, Ring 8, Fernruf: Ohle 6525.

Eigene Aufnahmen
 sind
 unvergängliche Erinnerungen
 an frohe Stunden!

Alle Photo-Artikel
 in größter Auswahl
 bei 11890

Fischer & Comp.,
 Breslau, Alte Taschenstraße 25.

Schnürstiefel, 2-10 Pf.,
 Lippert, Heinrichstr. 16. 1074

Lianos
 vermieten
 verkaufen
 reparieren
Seligler & Sohn
 Schweidnitzerstr. 10/11

Kinderwagen
 Teilzahlung
 gestattet.
 Sämtliche
 Reparaturen.
 Plauenbezichen,
 Verdeckausfitt., schnell und
 preiswert. Alle Ersatzteile,
 Räder und Gummi, auch für
 Puppenwagen.
Mücke, Weidenstraße 7

**Leerbeutel Badeanstalt
 am Scheitniger Park**
 Endstation der Straßenbahnlinie 10

Familienbad
 ist eröffnet

Herrnbad Damenbad

Vom Faß
5000 Liter
 Ital. Wermutwein per Liter 1.40 Mk.
 echter süßer

Dessertwein Liter . . . Mk. 1.40
Tarragona rot Mk. 1.40
Malaga gelb Mk. 1.50
Rotwein Mk. 0.90
Mosciewein Mk. 0.90
 alles einschl. Stadtsteuer.

Himbeersaft Liter Mk. 1.30
 ein Liter über 2 1/2 Pfund.

95% Alkohol . . . per Liter 4.80

Herzberg & Co.
 Bismarckstr. 48 + Bismarckplatz 29
 Hirschstr. 3

Fahrräder
 Gummi :: Zubehör
 verkauft billig
Geler
 Freiburger Str. 16
 zeitweise eleganter

**Frad- u. Rad-
 Anläufe**
H. Mohaupt
 Karlsruher Str. 1, L. Tel. Nr. 1301
 früher Hirschstr. 16

Wollflege
 Wäsche 1.40 bis 3.00 Wert.
 Zwischenschleifer
 Meter 35 Pf.
 Wäsche-Schürzen
 100 Paar, 100 cm, 2.50 3.30,
 3.50, 4.00, 5.00 u. 8.00 Mk.
 100 Stücker Zwirn 1.50 Mk.
 Händler sucht 11672
 Lippert, Heinrichstr. 16.

Fahrräder! Fahrräder!

Großer Posten! Standard 18 1/2!

Marzocchi mit Freilauf von Mk. 65.— an
 bis 100.— an Freilauf von Mk. 75.— an
 bis 100.— an Freilauf von Mk. 95.— an
 bis 100.— an Freilauf von Mk. 115.— an
 bis 100.— an Freilauf von Mk. 135.— an
 bis 100.— an Freilauf von Mk. 155.— an
 bis 100.— an Freilauf von Mk. 175.— an

A. P. Hagenbrühl, Bismarckstr. 28

Die Volksschule als Einheitschule
 von Dr. Max Apel.
 Behauptungen werden von der Expedition dieses Blattes
 keine sachlichen Rückfragen entgegengenommen.

Druck und Verlag des „Volkswort“ G. m. b. H., Lützowstr. 16, Breslau.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 18. Mai.

Mehr Wohnungsfürsorge für Lungentränke

Unzählige Male haben wir es schon gehört und gelesen, daß die Tuberkulosefrage in der Hauptsache mit einer Wohnungsfrage ist. In den alten Gassen der Städte, die kleinen düsternen, stickigen Hinterhöfen und feuchten Kellerlöcher und in den Vorstädten die fünf- und sechsstöckigen Mietskasernen, in denen eng zusammengepfercht, gesunde und Kranke oft genug in einem Raum, ein feuchtwolles, schleimiges Leben verbringen, sind die Brutstätten des Erregers der furchtbaren Volkspeste, des Tuberkelbazillus. Scharf vergebens kämpfen hier Fachleute und Laien gegen die Krankheit, Aufklärung und Belehrung bleiben wirkungslos, an- gelichts der erbärmlichen Verhältnisse, unter denen hier die unteren Volksschichten zu leben gezwungen sind. Eine Verbesserung dieses menschenunwürdigen Daseins herbeizuführen, heißt an der noch immer anhaltenden Massenarbeitslosigkeit und an dem mangelnden sozialen Sinn und Verantwortlichkeitsgefühl unserer "Wirtschaftsführer". Wohl reden und schreiben gerade sie oft von einer Not und Schicksalsgemeinschaft, die das ganze deutsche Volk jetzt hiten müßte. Nur bleibt es eben bei ihnen immer nur beim Sprechen und Schreiben. Wenn es einmal zu einer Tat kommen soll, dann stellen sie sich noch immer heraus, daß diese Wirtschaftsführer nur die Rechenenden, niemals aber die Geberenden in einer solchen Schicksalsgemeinschaft sein wollen. Auch unsere Hausorgane machen davon keine Ausnahme. In großen Betrieben fest organisiert, laufen sie immer aufs neue Sturm gegen Höchstrenten und Wohnungswangswirtschaft. "Die beste Wohnung ist; dem, wer sie am nötigsten braucht — nein — dem, der sie am besten bezahlt!" Das ist der Sinn all ihrer Proteste und Forderungen. Und sie haben mit diesem Erfolg: Eine Stellung nach der anderen fällt in ihre Hände und wenn das so weitergeht, dann dauert es nicht mehr lange und die Hausorgane sind wieder zu unbeschränkter Herrschaft über das Wohnungs- wesen gelangt, wie ja das so in der Vorkriegszeit der Fall war.

Hier ist es nun die Pflicht des Staates und der Kommunen, einzuschreiten, und wenn die gesetzlichen Bestimmungen nicht mehr ausreichen und fallen, selbst den Verächtern des Volkswohls ein anderes festes, unerschütterbares Bollwerk entgegenzustellen. Sie müssen immer mehr und mehr selbst Wohnungen bauen. Siedlungs- genossenschaften gründen und mit allem Möglichen unterstützen und so Tausende und Übertausende von Heimstätten schaffen, in denen auch die unteren Volksschichten gesund und billig wohnen können. Gewiß; dazu gehört viel, viel Geld. Millionen, ja vielleicht Milliarden. Aber diese müssen zu beschaffen sein. Willen eben so zu beschaffen sein, wie die Millionen und Mil- liarden für die Reichswehr, für die hohen Generäle und Minister- präsidenten und wie die Milliarden, die man den davongelaufenen Fürsten schon nachgeworfen hat und noch nachwerfen soll. Und wie wäre es denn mit einer besonderen Tuberkulosesteuer, die man den schwerreichen Magnaten und Industriekönigen auf- erlegen könnte? Haben diese Leute genug um rechtsradikale Rufforderungen zu finanzieren zu können, dann können sie erst recht reichlich zur Bekämpfung der Volkspeste herbeiziehen! "Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg", heißt ein altes Sprichwort. In den rechten Stellen sparen und in den rechten Stellen wegschmeißen, wo sowieso schon viel zu viel ist, das ist der Weg, und es fehlt nur noch der Wille, ihn zu gehen. Geht man ihn aber, dann wird auch bald Geld genug für billige und gesunde Wohn- wohnungen da sein. Über auch das Volk selbst kann viel dazu beitragen. Bald wird es an die Waghurne treten und selbst dar- über entscheiden können, ob es wirklich den ausgebluteten Potentaten die Milliarden belassen, oder ob es sich dafür gesunde Wohnungen bauen und damit das weitere und immer schlimmere Wüten dieses Würgengels, der Tuberkulose, verhindern will.

Staat und Kommunen können aber auch mit den vor- handenen Mitteln noch genug tun, um die Seuche einzudämmen. Alle Jahre verlassen Hunderte von der Krankheit ergriffene Volksgenossen, nach einer erfolgreichen Kur, Heilstätten und Krankenhäuser. Leider, denn auch dafür fehlt es an Geld, kann dieser Erfolg nicht so groß gestaltet werden, daß auch alle die Entlassenen bakterienfrei sind und deshalb keine Gefahr mehr für ihre Familienangehörigen, ihre Wohngenossen, bilden. Trotzdem müssen sie aber in die alten beengten Verhältnisse zurück. Dar- durch aber schon wird der Erfolg zweifelhaft. Sie werden aufs neue krank und was das Schlimmste ist, sie müssen mit wehem Herzen zusehen, wie oft auch ihre Familie, eins nach dem andern, ebenfalls von der Seuche ergriffen wird. Hier müssen vor allem die Kommunen unbedingt eingreifen und dafür sorgen, daß dies nicht geschehen kann, indem sie, wenn möglich, schon während der Krankheit im Krankenhaus oder in der Heilstätte ist ihm und seiner Familie eine Wohnung zuweisen, die groß, luftig und sonnig genug ist, um jede Ansteckungsgefahr zu beseitigen. Dann, nach eins. Unter den zur Entlassung Kommenden befinden sich auch immer eine Anzahl schwererer, aber gutartiger Fälle. Halb- gesunde, körperlich noch einigermaßen zünftig und zu leichter hygienischer einwandfreier Arbeit immer noch fähig, und die trotz ihres Lebens alt werden können. Da sie aber fast nie bakterien- frei werden, bilden sie auch immer eine große Gefahr für ihre Umgebung. Hier gebietet nun das Allgemeininteresse, der Selbst- erhaltungstrieb den Kommunen diesen von einem schweren Schicksal verfolgten Opfern mangelnden sozialen Sinnes, weit drauhen vor den Toren der Stadt eine gesunde Heimstätte zu schaffen und ihnen auch die Möglichkeit zu geben, sich im Rahmen der ihnen noch verbliebenen Kräfte, ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen. Und wenn der Verdienst aus dieser Arbeit nicht ausreicht zu einer ihrem Zustand entsprechenden Ernährung, dann diese Pflegegebunden auch noch materiell zu unterstützen. Die hier aufgewendeten Mittel sind gut angelegt, gleichen sozialen Aufgaben einer Beseitigungsprämie, wenn man bedenkt, daß dann diese Ba- zillenträger aus dem dichten Gewühl der Städte entfernt, unter sich bleiben, für Niemanden mehr eine Gefahr haben können.

In unserer guten Vaterstadt Breslau haben wohlgebende Stellen, die alles wohl erkannt und es sind bereits Vorarbeiten im Gange, um der Gemeinverehrung der Bürgerpflicht Gelegen- heit zu geben, dazu Stellung zu nehmen und die dafür nötigen Mittel zu bewilligen. Hoffentlich bringt auch diese das nötige Verständnis dafür auf und gibt ihre Zustimmung zu einem Plan der wohl geeignet ist, einen wichtigen Fortschritt auf dem Wege zur Bekämpfung und Unterdrückung unserer größten und gefährlichsten Volkspeste zu werden. R. Sch.

Der Frauenabend in Gräbchen

wies diesmal einen geringeren Besuch auf, da sich die Distrikte 30 und 38 diesmal hier nicht beteiligten. Fünfzig Frauen folgten den Ausführungen der Genossin Keißer mit großem Interesse. Behandelte doch die Rednerin das Thema: "Sozial- demokratische Partei und Geburtenbeschränkung". Dieses Thema berührt Arbeiterfrauen besonders stark und der Vortrag fand großen Beifall. Die Frauenleiterin hob in ihren Worten hervor, daß es Pflicht der Distriktleitung ist, die Frauenabende in Zu- kunft so zu gestalten, daß alle Anwesenden diesen Abend als eine besondere Freierkunde betrachten können.

Keiner verlaune es

die Ausstellung der Reichsbrude in unserer neuen Halle. Keine Tafelentrate 11 zu beschaffen. Es sind kurzen Kassenstücke von Abrecht Dürer ausgeführt, die durch ihre feine Detailarbeit mit zu den besten Erzeugnissen der bildenden Kunst gehören. Da die Reichsbrude nach sachmännlichen Urteilen vom Original kaum zu unterscheiden sind, ist jedem Gelegenheit gegeben, wahre Kunst

zu genießen und der drohenden Verflachung entgegenzuarbeiten. Der Besuch der Ausstellung ist vollständig kostenlos. Der ständige Wechsel der Blätter empfiehlt einen möglichst baldigen Besuch.

Von der Feuerbestattung.

Das Breslauer Krematorium ist seit Anfang April in Be- nutzung. Die neue Feuerbestattungsanlage befindet sich auf dem südlichen Friedhöfen Gräbchen, an der Endhaltestelle der Straßenbahnlinie 10. Günstige Eisenbahnverbin- dungen aus allen Teilen der Provinz nach Breslau ermöglichen einen schnellen Personenverkehr und Leichen- transport. Überführungen auf dem Landwege können auch durch den Kraftwagen des Städtischen Bestattungs- amtes ausgeführt werden. Für Auskünfte steht das "Be- stattungsamt der Stadt Breslau" — An der Glinkabühlstraße 3/4 (geöffnet werktäglich von früh 8 bis abends 6 Uhr, Fernsprecher: Dble 3416 und Magistrat 320) — gern zur Verfügung. Auf Wunsch verleiht es Druckfachen, sogenannte "Merkblätter", die über alle einschlägigen Fragen Auskunft geben. Es ist aus ihnen zu ersehen, wo die Feuerbestattung zu beantragen ist, welche Papiere den Anträgen beizufügen sind, wie die Trauerfeiern vor sich gehen (Art und Umfang), welche Ge- bühren zu entrichten sind usw. Wichtig ist vor allem der Nach- weis, daß der Verstorbene die Feuerbestattung seiner Ver- leiche angeordnet hat. Ohne diesen Nachweis ist die Aus- führung einer Feuerbestattung unmöglich.

Paul Vöbe

Spricht am 1. Pfingstfeiertag vormittags bei der Sozialistischen Morgenfeier der Arbeiter-Jugend um 11 Uhr in der Jahrhunderthalle.

Bruno Schulank,

dessen Sprechchorwerk "Jugendtag" in der Morgenfeier zur Aufführung kommt, spricht am Abend des 1. Feiertages, 8,30 Uhr, bei der

Internationalen Kundgebung

in der Radrennbahn, Grüneichel. Fast diese Feiern Massenveranstaltungen sein!

Die Breslauer Arbeiter-Jugend bringt Euch Karten und wirbt um Quartiere. Ihr erhaltet auch im Gewerkschaftshaus solche. Für beide Veranstaltungen sind nur 50 Pfennig zu zahlen.

Beteiligt Euch zahlreich!

Die Mitarbeit der Frau bei der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Im Rahmen der Reichsgesundheitswoche sprach Fräulein Dr. med. Fuchs am Freitagabend in der Aula des Mathias- gymnasiums über dieses Thema. Einleitend mußte sie die über- raschende Mitteilung machen, daß in Breslau in letzter Zeit die Geschlechtskrankheiten außerordentlich zunehmen. Daß eine ener- gische Bekämpfung dieser Volkskrankheit notwendig ist, beweist die Tatsache, daß es im Jahre 1919 in Deutschland 6-7 Millionen Geschlechtskranke gab. Eine Bekämpfung dieser Seuche ohne die Mitarbeit der Frauen ist unmöglich. Besonders stark sind aber die Mütter an dieser Frage interessiert. Sie sollen darüber wachen, daß die Kinder nicht infiziert werden. Eine besondere Gefahr bilden für die Schulmädchen die Klosetts, oder auch der Spielplatz, wenn das Kind hier mit einem geschlechtskranken Kinde zusammen- kommt. Von großem Nachteil war bisher die doppelte Moral, wonach das Mädchen, das Unzucht trieb, zwangsweise zur Unterbringung herangezogen wurde, während der kranke Mann unbehelligt umherlief. Der Geschlechtskrankheiten zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, der demnächst dem Reichstage vorgelegt werden wird, spricht nun auch nicht mehr von Frauenspersonen, die bestraft werden, sondern von Personen. Pflicht jeder Frau ist es, in ihrer politischen Partei dahin ihren Einfluß geltend zu machen, daß der Geschlechtskrankheiten Bekämpfung, also im Reichstage zur Annahme gelangt. Rednerin vertrat den Stand- punkt, daß das Gesetz unwirksam gemacht würde, sofern nicht appro- prierte Ärzte Geschlechtskranke behandeln dürfen, da das Erkennen einer Geschlechtskrankheit oft recht schwierig ist. Das Gesetz steht an Stelle der Polizei die Fürsorge. In allen Städten mit über 10 000 Einwohnern sollen Gesundheitsämter geschaffen werden. Diese Ämter, mit gut ausgebildeten Fürsorgern besetzt, können sehr viel Gutes leisten. Die Fürsorge für Geschlechtskranke mußte genau so einsehen wie bei Tuberkulose, daß also kranke Menschen, die für ihr Umgebung eine Gefahr bedeuten, entfernt und ge- sondert untergebracht werden.

Die Vortragende sieht, neben einer systematischen Aufklärung, die Belehrung der Kinder in sexuellen Dingen als empfehlens- wert an. Zum Schluß ihres fehrreichen Vortrages ermahnte sie noch die anwesenden Mütter, sich für das Gemeindefest im- mungrecht einzusetzen, denn nichts sei verwerflicher für die Jugend, als der Alkohol.

Geschlechtskrankheiten, Geburten und Todesfälle in Preußen und Breslau.

In den 29 Großstädten Preußens kamen im Jahre 1913 im Durchschnitt auf je 1000 Einwohner 8,53 Geschlechtskrankheiten, 1924 nur 7,81 und 1925 8,48. Im Jahre 1913 kamen auf je 1000 Einwohner 27,01 Geburten, darunter 26,17 Lebendgeborene, 1924 nur 19,14, darunter 18,41 Lebendgeborene und 1925 19,53, davon 19,12 Lebendgeborene. Die Zahl der Totgeburten ist dem- nach nicht unwesentlich zurückgegangen. Auch die Todesfälle weisen eine starke Verminderung auf. 1913 kamen auf je 1000 Einwohner 13,72 Todesfälle, 1924 nur 11,72 und 1925 11,77. Der Geburtenüberschuß betrug 1913 auf je 1000 Einwohner 12,45, 1924 nur 6,69 und 1925 wieder 7,35. Auch hier ist ein erheblicher Rückgang zu verzeichnen. Noch größer ist der Rückgang bei der Säuglingssterblichkeit. 1913 starben von je 100 lebend geborenen Kindern im ersten Lebensjahr 13,6, 1924 nur 10,1 und 1925 sogar nur 9,8. Wenn auch die Zahl der Geburten und der Geburten- überschuß eine bedeutende Verminderung aufweisen, so wird dieser Rückgang doch so ziemlich wieder ausgeglichen durch den Rückgang der Totgeburten, der Todesfälle und der Säuglings- sterblichkeit.

In Breslau kamen auf je 1000 Einwohner im Jahre 1913: Geschlechtskrankheiten 7,87, Geburten 27,35, darunter 26,40 Lebendgeborene, 18,15 Todesfälle. Der Geburtenüberschuß betrug 8,26 und von je 100 lebend geborenen Kindern starben im ersten Lebensjahr 17,2. Im Jahre 1924 kamen auf je 1000 Einwohner 7,40 Geschlechtskrankheiten, 18,27 Geburten, darunter 17,44 Lebend- geborene und 13,94 Todesfälle. Der Geburtenüberschuß betrug 3,44 und von je 100 lebend geborenen Kindern starben im ersten Lebensjahr 13,0. Im Jahre 1925 kamen auf je 1000 Einwohner 7,54 Geschlechtskrankheiten, 19,64 Geburten, darunter 18,84 Lebend- geborene und 13,24 Todesfälle. Der Geburtenüberschuß betrug 5,59 und von je 100 lebend geborenen Kindern starben im ersten Lebensjahr 10,5. Die Säuglingssterblichkeit ist demnach in Breslau etwas größer, als der Großstadtdurchschnitt in Preußen.

Allgemeine Ortskrankenkasse zu Breslau.

Am 6. Mai fand die öffentliche Ausschussung in den Säumen der Kasse statt. Der Röntgenarzt der Kasse, Dr. Fried- ländner, hielt einen interessanten Vortrag über Fragen aus der Röntgen- und Wärmebehandlung. Einleitend wies der Redner darauf hin, daß es der Wissenschaft gelungen ist, außerordentlich wichtige Neuerungen auf diesem Gebiete zu schaffen. Ueber den Wert der einzelnen Bestrahlungen gehen jedoch noch die Meinungen auseinander. Nach seiner Ansicht legt man ins- besondere den Höhenformen-Bestrahlungen einen viel zu großen Wert bei. Da diese trifft auch bei der Diathermie-Behandlung zu. Wenn auch zugegeben werden soll, daß die Diathermie- Behandlung in einzelnen Fällen noch heilungserfolgreicher erzielt, wenn andere Wärmemethoden versagen, so ist doch die Ansicht, daß diese so teure Behandlungsart in allen einschlägigen Fällen mehr leistet, als andere Wärmemethoden, durchaus falsch. Eher das Gegenteil ist der Fall. Auf dem Gebiete des Röntgenwesens seien zweifellos recht gute Ergebnisse bei der Oberflächen-, Drüsen- usw. Bestrahlung zu verzeichnen. Bei Tiefenbestrahlungen der Krebse sei eine Heilung nur in ganz vereinzelten Fällen möglich; dagegen würden ziemlich häufig mehr oder weniger langdauernde Besserungen erzielt. Sehr bewährt haben sich jedoch die Röntgenstrahlen in der Diagnostik. Die Durchleuchtung des Körpers bietet dem Arzt häufig die Möglichkeit, Sitz und Aus- dehnung der Krankheit genau festzustellen. Es dürfe jedoch nicht verlangt werden, wie dies leider so häufig geschieht, daß bei jeder Krankheit ohne genügende Voruntersuchung eine Durch- leuchtung erfolgt. Die Kosten hierfür sind viel zu hoch, als daß man dies allgemein machen könne, und die Resultate der Röntgenuntersuchung für sich allein sind oft unklar. Durch die Ein- richtung, die sich die Kasse selbst geschaffen hat, werden nicht unbedeutende Summen erspart.

Nach dem Geschäftsjahre 1925, den hierauf Verwaltungs- direktor Kirchhoff gab, betragen die Einnahmen der Kasse im Jahre 1925 11 190 169,18 M die Ausgaben 10 612 316,14 M

Mitteln der Kassenbestand 547 863,04 M

Dazu kommen noch die Einnahmen für die Erwerbslosen- fürsorge in Höhe von 1 287 246,96 Mark.

Das Vermögen der Kasse hat leider einen Rückgang erfahren, weil die Anforderungen im Jahre 1925 allzu große waren und weil die Einnahmen nicht ausreichten, um die un- geheure Ausgaben zu decken. Die Wirtschaftskrise beeinflusst die Krankenkassen außerordentlich; die Breslauer Allgemeine Orts- krankenkasse aber insbesondere dadurch, daß die Beitragssum- men infolge der niedrigen Löhne wesentlich geringer sind, als in anderen Großstädten. Auf der anderen Seite ist aber die Krankheitsfähigkeit bedeutend größer als anderwärts. Es mag dies seinen Grund in der Hauptsache darin haben, weil die Stadt Breslau räumlich sehr klein ist und die Breslauer Be- völkerung auf einen außerordentlich kleinen Flächeninhalt zusammengedrängt ist. Es kann also behauptet werden, daß Breslau die schlechtesten Verhältnisse nach dieser Richtung hat. Das wird noch bestätigt dadurch, daß auch die Bewohnerzahl der einzelnen Häuser in Breslau am größten ist. Auf der anderen Seite ist aber auch die Beitrags- einnahme ganz erheblich zurückgegangen. Die Arbeitgeber zahlen nur sehr schleppend, und es müssen alle Zwangsmassnahmen an- gewendet werden, damit die Kasse zu ihrem Gelde kommt. Durch die große Arbeitslosigkeit sind aber auch die besten zahlen- den Mitglieder ausgeschieden, denn die männliche Arbeiterkategorie ist hier von am meisten betroffen. Es sind nicht weniger als 301 245 Krankheitsfälle zu verzeichnen, davon waren 79 212 Fälle mit Arbeitsunfähigkeit verbunden. Zum ersten Mal wird die Beobachtung gemacht, daß die Zahl der männlichen Krankheitsfälle bedeutend höher ist, als die der weiblichen, während umgekehrt die männlichen Versicherten nur drei Siebentel der gesamten Kassenmitgliedschaft ausmachen. Krankengeld wurde für 2 216 050 Krankentage gezahlt. Jeder Kranke war demnach im Durchschnitt 27,97 Tage arbeits- unfähig. Bei den Männern betrug die Zahl der Krankentage jedoch nur 23, während sie bei den Frauen 31 ausmachte. An Krankengeld mußte die Kasse 3 706 473 Mark zahlen, das sind 88,60 Prozent der gesamten Ausgaben, eine Zahl, wie sie kaum von einer anderen deutschen Krankenkasse erreicht wird.

Die Kasse hat außerdem für 990 807 Rezepte 1 424 729,72 Mark ausgeben müssen. Gegenüber dem vorigen Jahre macht sich eine Steigerung um mehr als 80 Prozent bemerkbar.

7697 Kranke wurden in Krankenhäusern unter- gebracht. Die Kasse mußte hierfür 881 276,50 Mark bezahlen.

In die Genesungsheim der Kasse wurden 748 Kranke aufgenommen, die 15 372 Tage verpflegt worden sind.

Für 29 277 Personen wurden 80 761 Zahnfüllungen bewilligt, während sich die Kasse an den Kosten von 2292 Zah- nerfachkräften beteiligte.

Das Honorar für die Ärzte betrug 1 627 376 Mark. Es wird im nächsten Jahre bedeutend höher sein, weil die Kasse zurzeit worden ist, eine Zulage in Höhe von über 25 Prozent zu zahlen.

In seinem Schlusswort gab der Redner der Hoffnung Aus- druck, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse bald bessere werden mögen, damit auch die Kasse wieder leistungsfähiger wird und dem Versicherten das gewähren kann, was ihm unbedingt zu- kommt. Zum Schluß wurde noch eine Änderung der Aufbe- gehaltsordnung für die Angestellten der Allgemeinen Orts- krankenkasse beschlossen.

Theaterkassen. Für Sonntag und Montag (Pfingst- feiertag) sind zu den Nachmittags-Vorstellungen im Schauspiel- hause Vorzugskarten im Gewerkschaftshaus, 2. Stock, Zimmer 36, zu haben. Zur Aufführung gelangt an beiden Tagen: "Lene, Lotte, Dese", Josefines Löhner.

* **Briefkasten in Breslau zu Pfingsten.** Am ersten Pfingstfeiertag findet eine einmalige Briefkastenöffnung wie an Sonntagen und außerdem eine Paketkastenöffnung statt. Am zweiten Pfingstfeiertag ruht — wie überall — die gesamte Zustellung. Nur Telegramme und Eilsendungen werden abgetragen.

* **Der Fernsprecher mit Polen, der seit dem 12. Mai, abends, unterbrochen war, ist im allgemeinen am 15. Mai, abends, nur mit polnisch-Oberschlesien und War- schau erst am 17. Mai, nachmittags, wieder aufgenommen worden.**

* **Schlesische Gesellschaft für vaterländische Kultur. Physik- lochische-physiologische Sektion.** Heute, Dienstag, abends 8 Uhr, Vortrag von Dr. phil. Franz Weger: "Die gegenwärtige Lage der Sozialphysiologie". Gäste willkommen.

* **Die Bäder-Zugung Breslau weist immerhin der Gesund- heitswoche durch Inzertat im Interesse der Volksgesundheit auf die Notwendigkeit hin, Badewasser aller Art nur direkt in den Bädereien zu kaufen.**

* **Preussische-Sächsische Klassenlotterie.** Wie uns die Stima Nr. 1, Staatliche Lotterie-Einnahme, Breslau 5. Klasse, Lauenburgerplatz 1, mitteilt, wurden am ersten Ziehungstag folgende Gewinne gezogen: 50 000 Mark auf Nr. 84 728, 5000 Mark Nr. 158 508, 3000 Mark Nr. 154 892, 1500 Mark Nr. 109 702, 250 000 Mark Nr. 60 570, 5000 Mark Nr. 73 932, 103 044, 128 729. Am zweiten Ziehungstag wurden folgende Gewinne gezogen: 100 000 Mark auf Nr. 105 562, 10 000 Mark Nr. 29 678, 5000 Mark Nr. 100 388, 1000 Mark Nr. 103 490, 2000 Mark Nr. 170 882, 121 137, 1000 Mark Nr. 1065, 22 405, 141 489, 145 149, 293 068, 500 Mark Nr. 24 583, 54 399, 79 216, 110 355, 174 000, 188 167, 206 757, 207 802.

Zusammenstoß. Ein Personenkraftwagen und ein kleiner Kraft-Dieserwagen stießen am 15. Mai gegen 11.45 Uhr vor- mittags auf der Tauentzien, Ecke Bräderstraße zusammen. Der Führer des Dieserswagen wurde leicht verletzt und der Dieserswagen beschädigt.

Ein Kadaver wurde am 15. Mai gegen 7.50 Uhr nach- mittags auf der Schwerin, Ecke Auguststraße von einer Kraft- broschie umgefahren und am Kopf verletzt. Der Verletzte wurde nach dem Henschel-Haus-Krankenhaus gebracht.

Gefährliche wurden in der Nacht vom 13. zum 14. Mai durch Einschlagen eines an dem Grundstück Gräblicher Straße 85 an- gebrachten Schaufelsterns 4 Damenwesten, und zwar zwei grüne, eine braune und eine graue. Angaben zur Ermittlung erbittet das Polizeipräsidium, Zimmer 56.

Entwendet wurden am 7. und 9. Mai aus zwei Schaufenstern in der Hindenburgstraße 25 Paar schwarze Herrenhalbschuhe mit Ledersohlen und ein Paar braune Herrenhalbschuhe. Sachdienliche Angaben erbittet das Polizeipräsidium, Zimmer 56.

Globe-Theater.

Das Grab des unbekanntem Soldaten.

Ein Franzose, Paul Reynal, hat eine erschütternde Artgegründete geschrieben: „Das Grab des unbekanntem Soldaten.“ Sie spielt in der Heimat. Zeit: Die Nacht des Urlaubs vor dem ersten Tode. Personen: Nur drei: Vater, Sohn und dessen Braut. Diese drei Menschen, das Mädchen und der Soldat, sind vom Kriege, sei es vom Marien auf die Todes- bahn, sei es von den Furchtbareiten im Felde so zerlegt, so bis in die äußersten Nervenenden wund, so krankhaft empfind- sam, so selbstmörderisch reizempfindlich, so nahe dem Wahnsinn, daß eine Tragödie auf der Hand liegt. Die Fremdheit der Front- soldaten gegenüber denen, die daheimgeblieben sind, die tiefe Veränderung des Wiedererlebten, der Reiz des Altes auf den Selben und seine Jugend, seine Enttäuschung über dessen Mangel an großen Worten, schließlich sogar Eifersucht: kurzum der Ab- grund zwischen Alter und Jugend führt zwischen Vater und Sohn zu Anlage und Haß. Aber auch Mann und Frau, kaum, daß sie sich in Liebe umarmt haben, werden von dem Gedanken an die Dauer des Krieges so verzerrt, daß sie sich zeitungslos verwirren. Die Frau glaubt den Mann nicht mehr zu lieben und spricht es aus, und der Mann bekennet schonungslos, daß er diesen einen Tag Urlaub erkauft hat, indem er sich zu einem Dienst erbot, der unbedingt den Tod bringt. Am Schluß, nach herzzerreißendem, endlosem Abschied, scheidet der Todgeweihte, verlobt mit dem Vater und geliebt von der Frau. Das Drama obwohl es un- erhöht kühl und stark im Witz ist, ist schlecht geschrieben. Es ist viel zu lang. Es ist künstlich komponiert, der Dialog nahezu un- sprechbar. (Das liegt mindestens zum Teil an der Uebersetzung!) Es ist ein typisches Revue-drama. Eine Tragödie aus Nerven- überpannung. Wenn diese Menschen ein paar Stunden schlafen, so würden sie ihr Los tragbar finden; die inneren Tragödien wären dann spurlos verschwunden. Aber: sie können keine Stunde, keine Minute ruhen. Der Krieg gestaltet das nicht. Und das ist das Entsetzliche. Sei das Stück gut oder schlecht geschrieben: darauf kommt es wenig an. Einzig wichtig ist, daß an der Hand dieses Stückes jeder fühlende Mensch mit Schauern zittert. Das macht der Krieg aus den Menschen! und mit Grauen sieht der untagbaren Schuld bemerkt wird, die er auf sich ladet, wenn er den Krieg nicht haßt. Möge dieses Stück uns Harten und Oberflächlichen, die wir uns vom Kriege abgewandt haben, als er vorbei war, es uns neu in die alten Wunden reißen, daß wir keinen zweiten Krieg dulden dürfen! Wenn wir das in aller Schärfe fühlen, so hat das Stück eine hohe Sendung erfüllt.

Die Aufführung, von Karl Sehr geleitet, litt an der verständlichen Neurotizität der Spieler. Am besten spielte Gerhard Ritter. Er war ein karaktistischer, holerischer Alter, harter Sinnes und ohne Einfühlung. Aber seine Rolle war auch die leichtere. Man entkann sich schwer einer Rolle, die schwerer zu geben wäre, als die des Soldaten und der Braut. Wenn die unbedenklich gebauten Sapperdiolen so zu alterben, daß sie verständlich werden, ist eine Arbeit für sich. Unangenehm ist es mitlang auch weißt ist es, in der Entzete und im Scherz, deutlich auszusprechen. Das alles sind nur technische Schwierigkeiten. Die größte Forderung liegt aber im Seelischen. Schiller hat es (als Galt aus Berlin) gibt nicht genug her. Er scheint menschlich nicht frömend, nicht reich genug zu sein für diese Rolle. Er gibt wohl das Spröde, Böse, Antlagentische und Hartenstlossene des Verzweifelter; aber die ungeheure Klage und die unendliche Sehnsucht, die tiefsten Träger der Tragödie, stehen ihm nicht zu Gebote. Auch Margarete Wilmann (gleichfalls Galt aus Berlin) ist keine ganz große Tragödin. Die Frau, die sie darstellt, ist ein erbarmenswürdig ausgemergeltes, zerquältes Nervenbündel. Die Augenbilde tragischer Größe in Schmerz und Lust, die dieser Frau auch gegeben sind, hat Mar- garete Wilmann überlesen oder nicht darzustellen vermocht. Es ist schade, daß das Stück nicht wochenlang gegeben wird. Jeder sollte es sehen! M. Bruns.

Breslauer Produktentörse.

Wöchentliche Notierungen der an der Breslauer Produktentörse vom 17. Mai 1926 gehaltenen Preisliste in Reichsmark bei sofortiger Bezahlung (nur für Kartoffeln gilt der Erzeugerpreis) ab sofortiger Bezahlung in vollen Mengenabnahmen (mit Ausnahme von Futtermitteln, die bei Fruchtwaren Breslau vertrieben). Tendenz: Getreide: Unregelmäßig. — Deutscher: Zeitweise gestiegen. — Kartoffeln: Sei hartem Angebot gestiegenes. — Mehl: Steigt.

Tägliche amtliche Notierungen (100 kg):				
mildester Art und Güte der letzten Ernte bei sofortiger Bezahlung.				
Getreide:	17.	15.	17.	15.
Weizen 7½ kg*	28.50	28.20	7. Winterweizen	—
Roggen 7½ kg*	17.30	17.30	Getreidemehl	—
Gerste, neuer	18.50	18.30	Sechsmalen neu	108.—
Roggenmehl	17.50	17.50	Sonstiges	22.—
Winterweizen	16.50	16.50	Mehl, Weizen	130.—

Spezial-Kartoffeln (je 50 kg): Weiße 120, rote 120, gelbe 120. Kartoffeln für das Programm: Strohgehalt 107%.

Wöchentliche Notierung für Mehlwarenpreise (je 100 kg):				
17.	15.	17.	15.	
Reismehl*	42.50	42.00	Ausgugelmehl	48.00
Kartoffelmehl*	23.50	23.50		

* Feinere Sorten werden höher bezahlt.

Wenn jeder Leser einen neuen Leser wirbt, ist die Auflage unserer Zeitung verdoppelt!

Sozialdemokratische Partei

Partei-Zentralrat:
Gewerkschaftsbüro, Zimmer 26
Telephon: D 16 6532.

An alle Abteilungsleiter!

Alle Abteilungsleiter müssen sich umgehend mit den Distrikts- führern darüber verständigen, welche Schulen im Bereich der Abteilung liegen und wieweit Einladungen zu den Eltern-Ver- sammlungen für die Abteilung gebraucht werden. Meldung schriftlich bis spätestens Mittwoch nachmittags im Sekretariat.

SO. Kolonnenführer. Zum Abberufen anlässlich des Jugendtages in Breslau hat jede Abteilung 3 Mann zu stellen. Antritts Sonntag, den 23. Mai (1. Pfingstfeiertag). 110 Uhr vormittags vor der Jahrhunderthalle, bei Genossen Krakowiat zu melden. Die Kolonnenführer werden ersucht, bestimmt drei Mann zu stellen. Für Montag, den 24. Mai, sind ebenfalls schon je drei Leute vorzusenden.

Abteilung 8: Frauenerwerbungsleiter!
Distrikt 23. Abends 8 Uhr: Parade der Arbeiterjugend an den Teichgärten; Redner: R. Schiffer.
Distrikt 4. Lokal Kolisch, Luisenstraße 18, abends 10 Uhr; Rednerin: Frau Gintber.
Distrikt 24. Lokal K. Luge, Kleine Großenstraße 11, abends 10 Uhr; Redner: Rektor Kaufmann.
Mittwoch:
Distrikt 7. Lokal K. L. i., Berliner Straße 82, abends 10 Uhr; Redner: Dr. G. L. i.

Wichtige Aufforderung und Schulung ist das Wichtigste für die Frauen! Auf in die Versammlungen!

Abteilung, sozialdemokratische Distriktsführer! Donnerstag, den 20. Mai, abends 7 Uhr, müssen alle Distriktsführer beim Genossen Mayer im Gewerkschaftsbüro sich zwecks Abgabe des Agitationsmaterials einfinden.

Distrikt 1. Abrechnung Dienstag abend 7½ Uhr in der Wohnung des Distriktsführers.

Abteilung Südost und Strelener Tor. Abteilungsleiter, Distriktsführer, Elternbeitrags-Kandidaten, die von den Distrikts- führern einzuladen sind, sowie die Kommissionsmitglieder haben Mittwoch abend 7½ Uhr bei Hartmann eine außerordentliche Sitzung. Der wichtige Tagesordnung wegen ist es Pflicht, daß alles erscheint.

Abteilung Sandtor. Donnerstag, den 20. Mai, abends 7½ Uhr, bei Kleiner, Kreuzstraße 44, Versammlung sämtlicher Eltern, die an der kommenden Elternbeitragswahl Interesse haben, auch sämtliche Funktionäre sind dringend eingeladen.

Abteilung! Distrikts-Versammlungsberichte! Es fehlen noch von den Distriktsversammlungen die Berichte von den Distrikten 10, 13, 20, 25, 27, 35, 37, 40, 41, 42. Wie lange soll das Sekretariat noch warten?

Sozialdemokratische Beamte!

Dienstag, den 18. Mai, abends 7½ Uhr, findet im Gewerkschaftsbüro, Zimmer 5 (durch das Rathaus), eine wichtige Versammlung aller in der SPD organisierten Beamten statt. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Genossen P. S. über: „Welches Interesse haben die Beamten am Volks- entstand?“ Angehörige der Belegschaft dieser Beamten sind zu dem Erscheinen jedes einzelnen unbedingt notwendig.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.
Deutscher Kameraden! Die Bundes-Generalversammlung in Magdeburg fand unter dem Zeichen der uns alle bewegenden Flaggenfeste, wie auch der innerpolitischen Lage. Der Bericht darüber wird in der am Freitag, den 21. Mai, abends 8 Uhr.

Aus aller Welt.

Händiges, Händiges.
Auf der Waise in Düsseldorf gibt es viel Könes und gutes zu sehen. Ein besonderer Prospekt informiert den Fremden nicht nur über die Gegend selbst, sondern auch über alles Lebens- werke und geschäftlich bedeutsame der Stadt Düsseldorf. Der Prospekt ist in drei Sprachen gedruckt und enthält in drei Aus- gaben ganz in gleichen Text — mit einer einzigen Ausnahme. Während nämlich die englische und französische Ausgabe auch darauf verweist, daß Düsseldorf der Geburtsort Heinrich Heines ist, schweigt sich der deutschsprachige Prospekt mit deutscher Gründlichkeit über diese Tatsache aus, dem bekanntlich

Die Frau

hat an der Erziehungsarbeit der Jugend den größten Anteil!

Sozialistische Jugendziehung verhindert neue Kriege und schafft den Menschen der Zukunft!

Beteiligt Euch, Mütter, an sozialistischer Bildungs- und Schularbeit.

Seht die Frauenwelt! Seht die Volkswacht! Werdet Sozialdemokratinnen!

gilt der große Dichter keine allen völkischen Schwachheiten als ein in seiner nationalen Genunung nicht genügend vorbildlicher Mann, dem man, wenn er noch lebte, Hemmender nachschauen möchte aus dem man, da er tot ist, nun abendrein tollschweigt — es sei denn für die Zwecke der Auslandspropaganda. Wie diese Gele in die Geleite gekommen ist, entzieht sich unserer Betrachtung. Aber es ist doch keine Sache in der Welt zu rein und zu harmlos, als daß sie nicht durch das allzeitliche allzudeutsche aus Hakenkreuzlerischen Gehirnwandlungen verunreinigt werden könnte.

Geoffener.
Seit Montag vormittags 11 Uhr wütet in den herrlichen großen, frühlichen Baumhäusern bei Berlin ein richtiges Feuer. Der Brand, der in einem 1000 Quadratmeter großen Schuppen zusammen ist sprang in wenigen Minuten auf einen angrenzenden Schuppen über. Die abgebrannten brennenden Einzelteile leiteten den Brand. Wertvolle Baumhäuser, vor allem Kabinen, fließen den Flammen zum Opfer. Obwohl Gemein- und Schuppenleiter gemeinsam den Brand bekämpften, war es in den ersten Nachmittagsstunden noch nicht gelungen, des Feuers Herr zu werden.

im großen Saale des Gemerkchaftshauses stattfindenden außer- ordentlichen Mitgliederversammlung gegeben. In Abetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht jedes unserer Oranten seinen angehörenden Kameraden, zu dieser Versammlung zu er- scheinen.

Am 21. Mai (2. Pfingstfeiertag) veranstaltet die Orts- gruppe Silberberg einen „Republikanertag“ mit Bannerweib, Kameraden! Ein Heiner, Lupo aufrechter Streiter für die Freiheit und die Farben Schwarz-Rot-Gold laßt sich zu dieser Kundgebung herzlich ein. Wirtschaftlich besterhaltene Kameraden werden gebeten, der Bitte des Ortsvereins Silberberg zu ent- sprechen. Es dürfte doch einen Teil Kameraden geben, die Pfingsten einen Ausflug unternehmen. Silberberg ist nicht nur reich an hübscher Schönheit, sondern bietet auch einen historischen Wert in der gegenwärtigen Freiheitsbewegung, haben doch viele unserer Freiheitskämpfer in der Gegend Silberberg hohe Frei- heitskämpfe verleben müssen. Wir empfehlen den beschleunigten Personenausgang aus Breslau Hauptbahnhof 6.02 Uhr morgens, der 7.47 Uhr in Frankfurt eintrifft. Dieser Zug hat gleich Anschlag nach Silberberg. Sonntagsfahrkarte 18. Die Fahrt von Sonn- abend mittags 12 Uhr bis 2. Feiertag abends Gültigkeit.

Banner 8 (Braun). Heute Dienstag, den 18. Mai, abends 8 Uhr, Zug- und Gruppenführertagung bei Heinrich, Altenstraße.

Arbeiter-Jugend.
Heim 2. Alle Ordner treffen sich heute Dienstag, abends 10 Uhr, im Heim zu einer wichtigen Besprechung.

Schwimmunterricht kostenlos!
Alle arbeitslosen jugendlichen Gewerkschafter, die das Schwimmen erlernen wollen, melden sich sofort im Vorklub, Volkshaus in Wilhelmstr. Der Schwimmunterricht für arbeits- lose Jugendliche findet wöchentlich vormittags von 9 bis 12 Uhr statt. Die Jugendlichen müssen während dieser Zeit möglichst alle Tage erscheinen. Auch der Eintritt ins Bad ist kostenlos. Wir erlauben alle Gewerkschaftsfunktionäre und die Leiter der Jugendgruppen, diese Notiz möglichst sofort den in Frage kommenden Jugendlichen bekanntzugeben.

Abteilung, Schwimmer! Bei der Sanitätsübung am Sonntag sind einige Kleidungsstücke liegen gelassen. Diese sind bei Genossen Berger, Berliner Straße 59, II, aufbewahrt.

Arbeiter-Samariter, Abteilung 4. Mittwoch, den 19. Mai, im Abteilungslokal, Görlisch, Köpferstraße, Ecke Marktstraße; Materialkontrolle. Alles Material, auch eigenes, muß zur Stelle sein. Wer nicht selbst erscheinen kann, muß mindestens das Material senden.

Vereinstalender.

Monatliche Gemeinde. Grünstraße 14/16. Mittwoch, den 19. Mai, abends 8 Uhr, Erbauung. Redner: Dr. Georg Kramer. Thema: „Der erste Mensch“ S. A.; Der Vorstand.

Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands. Heute Dienstag, den 18. Mai, abends 7½ Uhr, findet im Zimmer 7/8 des Gewerkschaftshauses die Vollkammer der Funktionäre statt. Außer- ordentlich wichtige Tagesordnung. Vortragender: Genosse Dr. G. K. Mitgliedsbuch und Ausweisfrage berechtigen zum Eintritt. Die Deutscherwartung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Vertrauensleute der Bauhölzer. Mittwoch, den 19. Mai, abends 8 Uhr, Zimmer 13 des Gewerkschaftshauses: Versammlung. Tagesordnung: Tarifangelegenheiten. — Sammelkisten für den englischen Streik sind im Büro abzuholen.

In der Nacht zum Sonntag brannte in dem bei Sedden- berg (Sachsen) gelegenen Dorfe Wiese das mit Stroh gedeckte Haus mit Scheune des Häuslers Lange nieder. Der Brand, dessen Ursache auf einen schadhaften Schornstein zurückgeführt wird, griff so schnell um sich, daß die schon betagten Eheleute lange Zeit nicht retten konnten. Die Frau konnte nur als ver- lastete Leiche geborgen werden, während der Mann mit schweren Brandwunden in das Krankenhaus in Friedland in Sachsen eingeliefert wurde. Man hofft, ihn jedoch am Leben zu erhalten.

Bayerisches, Allzubairisches.
Der Magistrat der bayerischen Stadt Traunstein hat einen sozialdemokratischen Antrag auf Anheftung einer Reichs- fahne „grundsätzlich abgelehnt“. — Ein Magistrat in der Republik, der sich grundsätzlich gegen die Fahne dieser selben Republik erklärt. Die deutsche Republik kann sich „leben“ lassen.

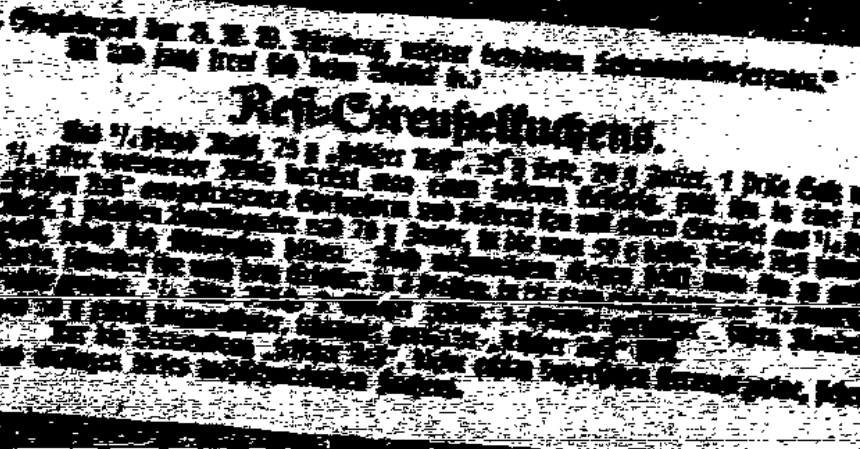
Der telephonische Verkehr mit fahrenden Zügen
wird auf der Strecke Berlin-Hamburg ab 20. Mai auf sämtliche Schnellzüge ausgedehnt. Bisher waren nur vier Züge für diesen Verkehr eingerichtet. Darüber hinaus ist nach längeren Verhand- lungen zwischen der Deutschen Reichsbahngesellschaft, dem Reichs- postministerium und der „Zugtelephonie-A.G.“ die Vereinbarung getroffen worden, noch weitere 18 D-Zugpaare mit Zugtelephonie auszustatten.

Neue Hakenkreuzler-Helmbreit.
Gestern abend wurde in Elberfeld ein bekanntes Mitglied unserer Partei und des Reichsbanners von drei Haken- kreuzlern überfallen und blutig geschlagen. Nach vollführter Tat suchten die Helden das Weite. Als An- führer und Haupttäter ist der ehemalige Gruppenführer des Roten Frontkämpfer-Bundes (!) und jetzige Nationalsozialist Ewald Lamm festgehalten.

Schwere Stürme in Italien.
Eine Unwetterkatastrophe hat in Mittel- und Norditalien ungeheuren Schaden angerichtet. Besonders heftig haben die Stürme und Wollendürche in der Lombardie gemüht. Die Eise sind teilweise über die Ufer getrieben und hat ganze Geflüsse mit dem Vieh und den Gärtenanlagen fort- geschwemmt. Der Verkehr ist unterbrochen. Viele Dörfer wurden verwüstet und Hunderte von Menschen obdachlos gemacht. Der angerichtete Schaden geht in die Millionen.

Ein heftiger Sturm wütete am Sonntag nachmittag und in der Nacht zum Montag in Paris und Umgebung. So wurde im Stadion von Bezere während eines Fußballkampfes die Tribüne abgedeckt, so daß das Publikum flüchten mußte. Besonders starke Bewältigungen richtete der Orkan auf dem Resse- gelände von St. Germain an. Mehrere Dächer wurden abgerissen und fortgeschleudert, drei Personen durch unerschütternde Balken und Bretter schwer verletzt. Bei St. Ger wurde eine Luftschiff- halle zerstört, so daß durch die Trümmer der Autoverkehr nach Paris unterbrochen wurde. Aus Südbanreich und Nordafrika kamen ebenfalls Meldungen über Sturmfluten.

Alles für ein schönes Leben Anneliese! Selbstgebacken? 

Und auch Brot 

Die Welt der Welt 

Gewerkschaftsbewegung.

Die Abwanderung arbeitsloser Jugendlicher

aus den Industriebezirken zur Arbeit auf dem Lande wächst von Jahr zu Jahr. Sie hat, wie wir erfahren, in diesem Jahre mit besonderer Stärke eingesetzt. Ueber den Umfang der diesjährigen Abwanderung liegen zwar im Augenblicke bei den amtlichen Stellen noch keine genauen statistischen Listen vor, aber man hat an den Ziffern des Vorjahres, das nur eine verhältnismäßig geringe Erwerbslosigkeit aufwies, einen guten Anhaltspunkt zur Beurteilung der Abwanderung. Im Vorjahre besitzerte sich der Teil der Abwanderer, der infolge von Zuschüssen der staatlichen Fürsorge (für Kleingeldern und dergleichen) statistisch erfasst wurde, auf etwa 18 000. Davon entfielen allein 8000 jugendliche Arbeitskräfte auf das besetzte Gebiet. Neben diesen statistisch gezählten Personen ging noch ein gut Teil von jugendlichen Arbeitssuchenden im Alter von 14 bis 20 Jahren durch Vermittlung von Verwandten und Bekannten aufs Land. Die Abwanderung geht im wesentlichen nach Hannover, Brandenburg, Ostpreußen und in die Provinz Sachsen, vom kleineren Teil nach Pommern und Württemberg. Auch innerhalb bestimmter Länder und Provinzen, wie z. B. im Freistaat Sachsen und in der Provinz Sachsen ist eine zunehmende Abwanderung jugendlicher zur Arbeit in die Landwirtschaft zu verzeichnen. Die Abwanderer bleiben zum Teil ganz auf dem Land, zum geringeren Teil gehen sie im Winter wieder zu ihren Eltern zurück, um im nächsten Jahr die alte oder eine neue Arbeitsstelle in der Landwirtschaft zu suchen. Es entstehen im Laufe der Zeit feste Verbindungen zwischen den Arbeitsstellen und den Arbeitskräften. So gibt es z. B. in Ostpreußen eine ganze Leipziger Kolonie.

Die große Bedeutung, welche die Abwanderung jugendlicher Arbeitskräfte auf das Land sowohl für die Entlastung des industriellen Arbeitsmarktes wie für die Hebung des Gefalles innerhalb der Landwirtschaft hat, sollte den maßgebenden Stellen Veranlassung geben, endlich einmal eine genaue Binnenwanderungstatistik anzulegen und mehr Mittel bereitzustellen. Im Vorjahre betrug der staatliche Zuschuß pro Kopf allgemein 6 Mark und 11 Pfennig für das besetzte Gebiet, im ganzen etwa 150 000 Mark. Für dieses Jahr sind die Zuschüsse im Etat nicht erhöht worden, obwohl infolge der Arbeitslosigkeit mit verstärkter Abwanderung zu rechnen war.

Verbandstag der Dachbeder.

Vom 9. bis 13. Mai fand in Friedrichsroda der 15. Verbandstag des Zentralverbandes der Dachbeder statt. Der Bericht des Vorsitzenden, Th. Thomas, zeigte, daß sich der Verband in den zwei letzten Jahren sehr gut entwickelt hat. Auch die oft katastrophale Arbeitslosigkeit der Mitglieder vermochte diese günstige Entwicklung, die auf den Nachschub kurz nach der Inflation folgte, nicht aufzuhalten. Die Mitgliederzahl des Verbandes ist nicht nur stabil geblieben, sondern hat sich relativ verbessert. Der Kassenericht gab ebenfalls ein zufriedenstellendes Bild von der Finanzlage des Verbandes, der heute einer bedeutenden Rezervefonds aufzuweisen hat. Der Verbandstag wurde nach längerer Debatte gegen eine Stimme das Vertrauen ausgesprochen.

Am zweiten Verhandlungstag hielt Genosse Professor Kölling-Frankfurt ein Referat über Wirtschaftsentwicklungen und Wirtschaftsgesundung, das starken Beifall fand und als Broschüre erscheinen soll. Ueber die wirtschaftliche Lage im Beruf sprach Schmidt-Erurt; er schloß sich besonders die Lage auf dem Arbeitsmarkt, die durch die danteberühmte Bauwirtschaft gekennzeichnet ist. In einer längeren Debatte wurde zur Frage des Reichsarbeitsbeschusses, eine Verhandlungskommission mit dem Beschluß eines neuen Tarifs zu betrauen. Der Anschluß an den Bauarbeiterbund wurde ebenfalls lebhaft debattiert. Man beschloß, die Gattungen darüber entscheiden zu lassen. Die prinzipielle Bereitschaft zum Anschluß wurde von allen Rednern ausgesprochen. Nach einem Referat des Kollegen Sachs vom DGB über den Bauarbeiterbeschuss im Reich wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der gegen die geplante Verschlechterung des Bauarbeiterbeschusses protestiert und eine Mitwirkung der Arbeiter, die als Bauarbeiter tätig sein sollen, gefordert wird. Die Entschließung soll den Regierungen und Parlamenten des Reiches und der Länder zugestellt werden. In Bezug auf Streikunterstützung wurde beschlossen, die Ratenszeit fortzuführen zu lassen. Die Beiträge wurden ebenfalls neu festgelegt, und zwar mit einem festen Vorschlag. Mehrere Anträge, die Wahlen der Gauleiter auf den Gaugängen vorzunehmen, wurden nach längerer Debatte abgelehnt. Abgelehnt wurde ein Antrag, den DGB aufzufordern, sich der gewerkschaftlichen Einheitsbewegung England-Rußland anzuschließen. Ferner stellte sich der Verbandstag vollinhaltlich hinter den Volksentscheid und verlangt reifliche Entscheidung der Führer.

Die Wahlen zum Zentralvorstand ergaben die einstimmige Wiederwahl des Kollegen Th. Thomas als Vorsitzenden und des Kollegen F. Die als Kassierer. Die bisherigen Gauleiter wurden ebenfalls — bis auf den verdienten Kollegen Schreiner-Dresden, der aus dem Angestelltenverhältnis wegen hohen Alters ausscheidet — einstimmig wiedergewählt.

Verbandstagung der Zimmerer.

Am Sonntag begann im Dresdener Volkshaus der 21. Verbandstag des Zentralverbandes der Zimmerer, an dem 180 Delegierte teilnahmen. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem die Fragen des Bauarbeiterbeschusses und die Verhandlungen über den Reichsarbeitsbeschuss für das Baugewerbe.

In den letzten zwei Jahren stand der Verband oft in harten Kämpfen. Nur durch die Opferwilligkeit der Mitglieder konnte der von den Unternehmern geplante Raub des Nachbundesjahres und die Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen verhindert werden. Rund 71 000 Mitglieder waren an diesen Kämpfen beteiligt und für weit über 1 1/2 Millionen Streik- und Auspersungstage mußte Unterstützung gezahlt werden. Der in der Streik- und Lohnbewegung pro Mitglied ausgegebene Betrag stellte sich 1924 auf 8,12 Mark, 1925 aber auf 32,72 Mark. Im ganzen wurden hierfür 3 Millionen Mark und bis zum März dieses Jahres 1,9 Millionen für Erwerbslosenunterstützung ausgegeben. Der Kampf war jedoch nicht vergebens. 17 Prozent der Mitglieder arbeiten wöchentlich weniger als 48 Stunden, 75 Prozent arbeiten 48 Stunden und nur 8 Prozent über 48 Stunden. Der Durchschnittslöhnlöhne betrug im Januar 1924 insgesamt 53 Pf. und stieg auf etwas über 102 Pf. Der Mitgliederbeitrag betrug im letzten Jahre rund 7,93 Prozent. Rund 50 Prozent aller im Baugewerbe vorhandenen Lehrlinge sind im Zentralverband organisiert und für 85 Prozent aller organisierten Lehrlinge sind die Löhne tariflich geregelt. In 70 Städten unterhält der Verband Modellwerkstätten zur höchsten Ausbildung der Lehrlinge. Alles in allem ein Stille gewerkschaftlicher Arbeit, das sich sehen lassen kann.

Die Gewerkschaften auf der „Golei“.

Am 8. Mai erfolgte in Düsseldorf die Eröffnung der Großen Ausstellung für Gesundheitspflege, Soziale Fürsorge und Lebensfragen, kurz Golei genannt. Im Mittelpunkt der Ausstellung soll stehen: Der Mensch — und zwar der arbeitende Mensch in allen seinen Beziehungen zur Natur, zur Arbeit und Wirtschaft. Zeitgedanke der Ausstellung ist, alles das zu zeigen, was dem arbeitenden Menschen und seiner Schicksalskraft dienlich und was sie zu fördern geeignet ist. Der DGB hat dabei, als an ihm die Frage der Arbeitslosenunterstützung, einen besonderen Anteil. Denn alles das, was dieses Programm der „Golei“ in sich birgt, haben die Gewerkschaften von Anfang an und als ihr Programm betrachtet und haben dafür in jahrelangen Kämpfen die materiellen Opfer gebracht. Camille das unter dem Druck der gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse möglich war, haben nunmehr Bundesvorstand und die Reichsleitung unserer Verbände versucht, auf der Ausstellung ein umfassendes und über-

aus anschauliches Bild von ihrem gesamten logischen Wirken zu geben. Daß dem Entgegenkommen der Ausstellungsgesellschaft war es auch möglich, diese erste Ausstellung des Gesamtwirkens der Gewerkschaften in einer eigenen Halle zur Schau zu stellen. Die Halle selbst wird einen Anziehungspunkt der Ausstellung bilden, da sie von dem bekannten Architekten Max Lenz erbaut ist, der auch das Haus des Bundesvorstandes in Berlin erbaut hat.

Ein Besuch der Ausstellung ist allen Gewerkschaftsmitgliedern nur zu empfehlen. Um den Besuch zu erleichtern, werden von der Reichsleitungsverwaltung Entwürfe für erweiternde Briefen (88% o. B. Preisermäßigung) abgelesen. Zunächst sind solche geplant von Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Hannover, Königsberg i. Pr., Karlsruhe, Kassel, Leipzig, Magdeburg, München, Nürnberg, Oldenburg und Trier. Es werden auch von jedem anderen Ort Sonderzüge eingestellt, wenn sich wenigstens 400 Personen beteiligen.

Vom Niedergang der österreichischen Gewerkschaften

erzählt die „Schlesische Zeitung“ in ihrer Sonntag-Ausgabe und stellt sich dabei auf Zahlen aus irgend einem österreichischen Unternehmerricht. Bei diesen Zahlen ist nur eines zutreffend, sie sind falsch. Daß die österreichische Gewerkschaftsbewegung im Gegensatz zu den Behauptungen der „Schlesischen Zeitung“ und ohne Einwirkung der auch in Oesterreich herrschenden Arbeitslosigkeit seit zwei Jahren ständig im Wachsen befindet, ist für die Redaktion des deutschnationalen Blattes zu wissen ja nicht notwendig. Daß beispielsweise in Bregenz der freigewerkschaftliche Gewandte unter der Arbeitererschaft in einem Maße um sich geizt hat, der gewerkschaftliche Agitation fast unnötig macht, ist gleichfalls eine Tatsache, die das Gewissen eines deutschnationalen Wirtschaftskorrespondenten sicher sehr bekräftigt, wenn er davon Kenntnis hätte und darüber schreiben müßte. Der angebliche, von der „Schlesischen Zeitung“ mit besonderer Genugtuung betonte Einfluß der Unzufriedenheit ist Phantasieprodukt und bestemfalls für die gestelkten Bedürfnisse des Leserkreises der „Schlesischen Zeitung“ zugekniffen.

Wenn man auch nicht verlangen kann, daß ein deutschnationaler Blatt von diesen Dingen etwas versteht, so müßte es doch wenigstens das eine wissen, daß der Einfluß der Unzufriedenheit selbst in der Zeit der heutigen Arbeitslosigkeit auf allen Gebieten ein so geringer ist, daß über ihn zu sprechen sich nicht lohnt. Aus der Polonier der „Schlesischen Zeitung“ gegen die österreichischen Gewerkschaften läßt sich, wie auch bei dem Kampf gegen die deutschen Gewerkschaften, erkennen: Nichtachtung und jeder feiler Kamoguna um jeden Preis. Der Kunde lächelt darüber, aber die deutschnationalen Unternehmerfreunde werden noch einmal daran sterben.

Der deutschen Delegation für die Arbeitskonferenz gehören u. a. an: die Ministerialräte Feig und Hering und als technische Berater die beiden Ministerialräte Dr. Weigert und Dr. Berger vom Reichsarbeitsministerium; ferner Legationsrat Dr. Seelhelm vom Auswärtigen Amt und Generalkonsul Wilmann aus Genf. Die Arbeitnehmer werden durch die Genossen Hermann Müller-Berlin und Knoll vom DGB vertreten.

Wirtschaft.

Metallmarkt im Mai.

Der englische Streik hat entgegen vielen Erwartungen auf den an sich sehr empfindlichen Metallmarkt keinen Einfluß ausgeübt. Vielleicht dürfte sich diese Erscheinung dadurch erklären, daß sich die Ereignisse in England schon vor der offiziellen Ankündigung des Streiks durch Preisentfaltungen ausgemittelt haben. Auch der offizielle Nachdruck des Streiks ist auf den Metallmarkt ohne Wirkung geblieben. Während des Streiks selbst trat lediglich in New York eine wesentliche Veränderung am Kupfermarkt ein. Elektrokupfer notierte z. B. während der Zeit vom 1. bis 12. Mai fast ohne Schwankungen 13 1/2 zu 14 Cents je amerikanisches Pfund; seit dem 13. Mai stellt sich der Kurs auf 14 1/2 Cents. Am englischen Markt stieg der Preis nur von 84 1/2 Pfund je englische Tonne am 10. Mai auf 84 1/2 Pfund am 12. Mai. Die deutschen Preise betrugen am 13. bzw. 14. Mai für Elektrokupfer 131 1/2 Mark je 100 Kilo nach 131 1/2 Mark am 12. Mai. Dabei muß aber in Betracht gezogen werden, daß im Augenblicke die Kupfererzeugung in der Welt im Verhältnis zu dem zurückgegangenen Verbrauch so stark gesteigert worden ist, daß eine Aufwärtsbewegung der Preise nur durch künstliche Mittel, z. B. durch die Bildung des internationalen Kupferkartells möglich und zu erklären ist.

Ähnlich liegen die Dinge am Heimmarkt. Hier ist die Weltproduktion auf 111 400 Tonnen im März von 102 713 Tonnen im Februar gestiegen. Der Verbrauch ist in allen Ländern, selbst in Amerika, dagegen zurückgegangen. Deutschland führte im März nur wenig mehr als 4000 Tonnen Blei ein gegen 5218 Tonnen im Monat Februar, wobei man noch berücksichtigen muß, daß der Februar weniger Arbeitstage zählt. Außerdem sind die Vorräte in England durch die starken Anlieferungen, die hauptsächlich aus Australien stammen, so groß, daß selbst, wenn der Streik längere Zeit angehalten hätte, der Markt so gut wie gar nicht beeinflusst worden wäre. Die amerikanische Notiz für Blei betrug während der Zeit vom 6. bis 11. Mai 7,80, am 12. Mai 7,75 und am 18. Mai 7,50 Cents. Der englische Preis war am 11. Mai 27 1/2 Pfund Sterling je englische Tonne promptes Material und 28 1/2 für Termine. Im Gegensatz zu Amerika war der Kurs am 12. Mai mit 28 1/2 zu 28 1/2 Pfund höher. Das hat nichts mit dem Streik zu tun und ist darauf zurückzuführen, daß sich die englische Preisbewegung seit längerer Zeit im Gegensatz zu der amerikanischen Preisbildung vollzieht.

Der Zinnmarkt lag im großen und ganzen sehr schwach, jedoch hat sich der Preis auf Grund besserer Nachfrage der amerikanischen Verzinkerien ziemlich stabil gehalten. Fester ist die Stimmung am Zinnmarkt. Aber trotzdem die schätzbaren Vorräte am 30. April auf 13 694 Tonnen von 13 397 Tonnen gestiegen sind, macht sich eine außerordentliche Warenknappheit bemerkbar. Der Mangel an greifbarer Ware wurde jedoch schon vor dem Streik in London festgestellt. In diesem Zusammenhang ist die Feststellung notwendig, daß die amerikanische Weichbleiindustrie als Hauptverbraucher von Zinn glänzend beschäftigt ist und im vergangenen Monat allein einen Verbrauch von 7105 Tonnen hatte. Aluminium und Antimon liegen im Gegensatz zum Zinn schwach.

Während sich die genannten Märkte merkwürdig immun gegenüber den Ereignissen in England erwiesen, hat der englische Streik auf den Metallmarkt in der Welt einen großen Einfluß ausgeübt, das den deutschen Händlern vorübergehend der Rohstoff mangeln ließ, besonders in Raffineriematerial, das in abgesehen wurde. Die Preise haben sich während der Zeit vom 1. bis einschließlich 15. Mai aber wenig verändert; bemerkenswertere Veränderungen haben sich den deutschen Kurse gehalten. Der Markt für Halbfabrikate hat sich für das Inlandgeschäft durch größere Käufe der Kabel- und Elektroindustrie merklich belebt. Messing und Kupferhalbzeug wurde in größerem Umfang gekauft. Außerdem will man sich jetzt von den festen Verhandlungspreisen lösen und die Preise mehr und mehr nach dem tatsächlichen Bedarf regeln.

Der Güterverkehr der Reichsbahn.

Der Bericht der Deutschen Reichsbahnverwaltung für den Monat April ergibt, daß die Güterverkehrsleistungen ebenfalls im April 1925 gegenüber 115 000 im Monat März steigerten. Die Güterverkehrsleistungen der Reichsbahn von Ostpreußen, wo die Eisenbahnen noch Besetzung der Bahnhöfe erhalten haben, der Reichsbahn von Jena und Eisenbahn im April 1925 nur 20 000 Wagen, im Vormonat 20 000 im

April 1925 dagegen 31 978 Wagen. Diese Entwicklung ist ein Beweis dafür, daß die Reichsbahn bei weitem nicht in dem erhofften Umfang einsteigt hat.

Die Einnahmen stellten sich für den Monat März 1925 auf 266,8 Millionen Mark und die Ausgaben auf 267,2 Millionen Mark. Dieses Ergebnis bleibt hinter dem Voranschlag zurück. Das Defizit mußte a. a. dem Vortrag des Jahres 1924 gedeckt werden. Der Personalsatz für den Monat März 1925 wies mit 672 844 Köpfen und 20 567 Zeit- und Ausschiffsberechnungen angegeben. Er betrug im Februar 672 721 Köpfe und 20 040 Zeit- und Ausschiffsberechnungen.

Eine Interessengemeinschaft der deutschen Zuteilfabriken.

Es wird uns geschrieben: Eine Tagung der deutschen Zuteilfabriken in Hannover führte zum Abschluß einer Interessengemeinschaft, deren Dauer vorläufig für fünf Jahre vorgesehene ist. In dem neuen Verband sind vor allen Dingen die früher dem Zuteil-Syndikat angehörenden (ihnen vertreten. Weiter ist die Zuteil-Industrie in Bremen, die außerhalb des Syndikats stand, beigetreten, während sich die Betriebe in Kassel und Thaus nicht angeschlossen haben.

In der Interessengemeinschaft der deutschen Zuteilindustrie wird sich selbstverständlich die Kartellpolitik des verfallenen Zuteil-Syndikats fortsetzen. Als erste Maßnahme ist eine Produktions-einschränkung ab 15. Mai um 20 Prozent und ab Juni 1925 um 50 Prozent vorgesehen. Wie man merkt, macht das Beispiel der Chemindustrie Schule. Es handelt bei diesen Kontingentierungen um eine Garantie der Unternehmerpreise, die sich der deutsche Verbraucher gefallen lassen muß, weil die gegenwärtige Wirtschaftskrisis das wirtschaftsfeindliche Wirken der Kartelle ganz in Ordnung findet. Wenn man die Produktion um 50 Prozent einschränkt, ist es nur erklärlich, daß die Unkosten bei verringerten Umsätzen wachsen. Die Folge wird sein, daß die nächsten Geschäftsjahre über zu große Unkosten klagen und daß die Herren von der Zuteilindustrie, um den Wirtschaftszweig „wieder rentabel zu machen“, Lohnreduktionen fordern.

Steigerung der französischen Automobilausfuhr im ersten Vierteljahr 1925.

Die Automobilausfuhr Frankreichs erreichte im ersten Viertel d. J., wie dem Fachblatt „Industrie-Kurier“ berichtet wird, die Höhe von 168 637 Wagen. Sie hat damit eine Zunahme gegenüber dem ersten Quart. v. J. um 88 236 Wagen erfahren. Der Hauptabnehmer war England mit 20 113 Wagen. Ihm folgten u. a. Belgisch-Luxemburg mit 26 870, Spanien mit 19 647, Ungarn mit 18 780, die Schweiz mit 11 946, Italien mit 9883, Indo-China mit 6 755, Marokko mit 6480, Holland mit 4642, Portugal mit 4080 und Deutschland mit 3459 Wagen. Als weitere europäische Abnehmer sind noch die Tschechoslowakei mit einem Bezuge von 2504 und Polen mit 427 Wagen zu nennen.

Die Ueberflutungen in Rußland und ihre Folgen.

Es stellt sich immer mehr heraus, daß die großen Ueberflutungen, welche die Wolga und ihre Nebenflüsse verursacht haben, einen noch weit größeren Schaden angerichtet haben, als man ohnehin annehmen geneigt war. Während die überschwemmten Gebiete in den Industrieländern an der Wolga ihre Verluste durch das Hochwasser anfangs nach Hunderttausenden von Rubeln berechneten, müssen sie jetzt mitteilen, daß der Schaden in die Millionen geht. Ganz besonders schwer betroffen ist die Landwirtschaft. An den Ufern der Wolga und der Kama sind viele Dörfer vollkommen unter Wasser. Im ganzen Gebiet um Kaspinsk steht das Wasser auf den Feldern schon seit zwei Wochen. Das Hochwasser hat große Seen gebildet von 10—20 Kilometer Breite. Die Dämme, die zur Versorgung der durch das Hochwasser gefährdeten Bevölkerung von allen Seiten herbeigekommen sind, sind in der la erweiterten Wasseroberfläche ganz unzureichend. Bei Kaspinsk war am 1. April ein Ueberflutungen über einen vollkommen überschwemmten Wald hinweg, die Räder blieben in den Baumstämmen stecken und das Schiff konnte sich nur mit großer Mühe freimachen. Der Eisenbahnverkehr im Hochwassergebiet ist teilweise ganz eingestellt, zum Beispiel zwischen Nischni-Novgorod und Sotomow. Eine besondere Gefahr für die Städte an den Ufern der Flüsse entsteht durch die Unterfüllung des Meeresspiegels, wodurch die am Meer stehenden Häuser mit Abbruch bedroht werden.

Der Fachauschuss für Fleischversorgung e. B. teilt uns folgendes mit: Der Preussische Landtag hat am 29. April beschlossen, die Reichsregierung zu ersuchen, im Interesse der deutschen Landwirtschaft das zollfreie Einfuhrkontingent für Gefrierfleisch nicht zu erhöhen. Die gesamte Gefrierfleischzufuhr im Jahre 1925 in Höhe von 123 000 Tonnen machte nur 4 1/2 Prozent des deutschen Fleischverbrauches aus. Trotzdem sich das zollfreie Kontingent, im Rahmen der bisherigen Einfuhr, halten sollte, sind für das laufende Jahr vorläufig nur 102 000 Tonnen vom Reichsernährungsministerium bewilligt worden, was selbst bei gleichbleibendem Umfang der heimischen Erzeugung einen Anteil von 3 1/2 Prozent bedeutet. Dem Reichsernährungsministerium und den Behauptungen der Landwirtschaft zufolge soll jedoch in diesem Jahre infolge der guten Vorjahresernte mehr Fleisch aus heimischer Erzeugung geliefert werden. Der Anteil des Gefrierfleisches würde demnach, selbst bei einer bedeutenden Kontingent-erhöhung, immer noch kleiner bleiben als im Vorjahre. Wenn daher im Zusammenhang mit der Gefrierfleischversorgung eine „Katastrophe“ zu befürchten ist, so nicht etwa in der Fleisch-erzeugung, sondern in der Versorgung derjenigen Bevölkerung, die für gleichwertige Fleisch-erzeugung nicht 65 Prozent bezahlen kann. Es ist zu erwarten, daß die Reichsregierung diesem Wunsch nicht nachgeben wird, da er sich ausgesprochen gegen die ständige Fleischversorgung der ärmeren Bevölkerung richtet. — Dem Fachauschuss gehören die Spitzenverbände der Organisationen für Fleischversorgung an, jedoch ungefahr 25 Prozent der deutschen Verbraucherschaft hinter dem Ausschuss stehen.

Die Hamburger Hochbahn-Ges. gibt für das Jahr 1925 Betriebseinnahmen in Höhe von 49,65 Millionen an gegenüber 36,68 Millionen im Jahre 1924. Die Betriebsergebnisse liegen jedoch von 28,82 Millionen Mark im Jahre 1924 auf 40,61 Millionen Mark. Damit stellt sich der Betriebsergebnis auf 2,82 Millionen Mark (9,11 Millionen Mark). Als Reingewinn werden 5,2 Millionen Mark angegeben (5,23 Millionen Mark). Die Dividende beträgt 5 bzw. 6 Prozent. In der Bilanz ist eine Steigerung fast sämtlicher Posten festzustellen. So erhöhten sich Lagerbestände und Kassenbestand von 5,73 auf 7,79 Millionen, Lagerbestände von 3,85 auf 4,45 Millionen, Anlagen und Grundstücke von 9,47 auf 10,29 Millionen, Schulden von 4,69 auf 6,11 und die Gläubiger von 2,84 auf 2,75 Millionen Mark.

Die General-Motor-Co. gibt ihren Reingewinn für das vergangene Geschäftsjahr mit 40,6 Millionen Dollar an. Der Reingewinn des Truffs betrug 1924 rund 16,9 Millionen Dollar. Der Gewinn an Kraftwagen betrug sich auf 24 700. Gegenüber dem Vorjahre ist im Abfah eine Steigerung von 65 Prozent eingetreten.

Unnütze Devisenkurse der Berliner Börsen-Zeitung.

Währungen	17. Mai	18. Mai	19. Mai
1 Dollar	1,25	1,25	1,25
100 belg. Gulden	1,25	1,25	1,25
100 belg. Francs	1,25	1,25	1,25
100 franz. Francs	1,25	1,25	1,25
100 holl. Gulden	1,25	1,25	1,25
100 ital. Lire	1,25	1,25	1,25
100 span. Peseten	1,25	1,25	1,25
100 schw. Kronen	1,25	1,25	1,25

Der Landtag gegen die Putzschisten.

Reden von Braun und Heilmann.

Die am Montag begonnene Aussprache des Preussischen Landtags über die hochverräterischen Umtriebe der Rechtsradikalen brachte eine scharfe Abrechnung des Ministerpräsidenten Braun und dem Abg. Heilmann (Soz.) mit den Rechtsradikalen.

Die Aussprache begann mit der vom Vizepräsidenten Dr. Vorksch abgelesenen, in ihrer Schärfe und Bestimmtheit bemerkenswerten Erklärung des Zentrums über die Putzschisten. Wenn auch ein Endurteil über die Putzschistenvorbereitungen zurzeit noch nicht möglich ist, so ist es nach Auffassung der Zentrumsfraktion Pflicht der Staatsregierung, mit größter Aufmerksamkeit darüber zu wachen, daß nichts gefährden könnte. Der neue Staat, so betont die Erklärung, hat leider keine Veranlassung, in dieser Hinsicht weniger behutsam zu sein, als es der alte gewesen ist. Es sind Dinge genug vorgekommen, die äußerste Wachsamkeit gebieten. Die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes steht zur Demokratie, und zu dieser überwältigenden Mehrheit gehört auch die Zentrumspartei. Deshalb erwartet die Zentrumsfraktion von der Staatsregierung, daß sie zur Sicherstellung der Verfassung und zur Verteidigung der republikanischen Staatsform unablässig auf dem Vollen ist. (Lebhafte Beifall in der Mitte.)

Die Deutsche Volkspartei ließ durch den Abg. Eichhoff erklären, die Fraktion begrüße es, wenn die Regierung gegen Putzschisten von rechts oder links vorgehe, aber ein solches Vorgehen dürfe nicht leichtfertig in die Rechte der Staatsbürger eingreifen. Die Aktion der Regierung erwecke den Eindruck, als handle es sich bei ihr um innerpolitische Gründe, um einen Versuch der Einwirkung auf die politische Entwicklung im Reich. Gegen die Behandlung der zur Volkspartei gehörenden Herren Wagner, Wittkott usw. erhebe die Fraktion aufs nachdrücklichste Einspruch; sie verlange, daß diesen Persönlichkeiten Genugtuung zuteil werde.

Ministerpräsident Braun

Begibt mit der Verlesung eines Zeitungszitats, das die Putzschismenungen als Gespensterei abzutun sich bemüht. Die Rechte ruft bei der Verlesung des Zitats fortwährend für sich: „Sehr richtig!“ Der Ministerpräsident quittiert dieses „Sehr richtig!“ mit der Frage: „Wissen Sie auch, wer das geschrieben hat?“ „Berliner Lokalanzeiger“ — am 13. März 1920! (Stürmische Heiterkeit im Hause.) Als der Artikel des „Lokalanzeigers“ führt der Ministerpräsident fort, in die Hände des Publikums kam, da schwenkten die Kapseln bereits in die Lüften ein und trafen Herrn Lubendorf, der bekanntlich damals zufällig dort spazieren ging. (Heiterkeitsturm auf der Linken.) Genau wie damals, so redet heute die Rechtsradikale von Gespensterei und von Ammenmärchen. Selbst wenn es sich bei den Putzschistenvorbereitungen nur um das Treiben von Phantasien handelte — leider ist dem nicht so! — dann hätte die Polizei die Pflicht, diese Dinge ernst zu nehmen. (Zuruf rechts: Und die Kommunisten?) Die Rechtsradikalen sprechen nur deshalb von einem Einseitigen, weil sie mit diesem Gerücht ihr Streben nach einer Rechtsdiktatur verbergen wollen. Die rechtsradikalen Verbände werden als harmlos hingestellt. Sie sind es nicht. Sie sind zum Teil bewaffnet. Sie halten Schießübungen ab und bereiten Pläne vor, die direkt auf den Umsturz hingen, auf „die große Auseinandersetzung mit den November-Verbrechern von 1918“, wie es wirklich in einem der Aufmarschpläne heißt. Man will, wenn es nicht anders geht, einen Einseitigen provozieren, bei der Niederschlagung dieses Putzschistens aber nicht stehen bleiben, sondern zur Beilegung der parlamentarischen Verfassung schreiten. Der Reichspräsident soll dazu gepreht werden, auf Grund des Artikels 48 die vollziehende Gewalt in die Hände des Militärs zu legen. Dann wird sofort teilt der Minister-

präsident aus einem bei den Hochverrätern beschlagnahmten Brief folgende bezeichnende Stelle mit: „Es muß alles geschehen, um den Herrn Reichspräsidenten für die Anwendung dieses Artikels zu gewinnen. Der Reichspräsident muß davon unterrichtet werden, daß nur eine brauchbare Diktatur charaktervoller Persönlichkeiten (Lebhaftes Sehr richtig!) bei den Deutschnationalen) mit dem Parlamentarismus Schritt machen kann. Schriftlich kann ich mich nicht näher äußern. Aber Eure Excellenz dürfen sich darauf verlassen, daß alles in unserer Macht Stehende geschieht, den Herrn Reichspräsidenten von der Nichtigkeit dieses Schrittes zu überzeugen.“ Am Schluß weist der Ministerpräsident darauf hin, daß die Hausdurchsuchungen deshalb nicht alles Material zutage förderten, weil die betroffenen Herren zum Teil vorher bereits unterrichtet waren. Einer hat bei der Hausdurchsuchung erklärt: „Ich habe die Sachen, die die Polizei nicht sehen soll, bereits auf die Seite geschafft.“ Die Vorgänge, schließt der Ministerpräsident, sind durchaus nicht harmlos. Die Regierung wird deshalb alle Maßnahmen anzuwenden, um hochverräterische Unternehmungen niederzurufen. (Beifall links und in der Mitte, stürmischer Protest rechts.)

Die Deutschnationalen gaben anscheinend das Spiel bereits verloren; denn sie schickten den Abg. Steinhoff vor, dessen Rede so leer und inhaltslos war, daß Heilmann (Soz.), der nach ihm zu Wort kam, sie einfach übergehen konnte. Heilmann machte zu Beginn seiner Ausführungen zunächst die Kommunisten auf ihre sinnlose Taktik aufmerksam, durch Gegenemonstrationen den nationalistischen Kundgebungen oft zu einer Bedeutung zu verhelfen, die sie gar nicht haben. Hätte der Berliner Polizeipräsident die kommunistischen Gegenemonstrationen nicht verboten, dann hätten wir heute eine Debatte nicht über die hochverräterischen Umtriebe, sondern über die Schuld am Blutvergießen in den Straßen Berlins. (Sehr richtig! bei den Soz.) Worum handelt es sich bei den hochverräterischen Umtrieben? Nicht um Ammenmärchen, nicht um bloße Entgleisungen nationalisistischer Redner, sondern um durchaus ernste Dinge. Die Rechte beanstandet das Vorgehen der Polizei. Wenn die Polizei nur sogenannten sicheren Beweisen nachgehen wollte, dann hätte sie nie ein Verbrechen erbeutet. Das beschlagnahmte Material zeigt für jeden, der leben kann, daß ein ernsthafter Plan zum Hochverrat vorliegt. Wenn bei einem Munitionsfund der von der Polizei über den Verbleib der Gewehre befragte Hauptmann a. D. Seidel erklärt, er verweigere jede Auskunft, weil er nur der Reichswehr unterstellt sei, so ist das nicht mehr harmlos. Genau betrachtet, handelt es sich nicht um die Vorbereitung eines Putzschistes, sondern um den Umsturz der republikanischen Verfassung. Kein Geringerer als Ehrhardt hat festgestellt, daß heute in Deutschland weder für die Rechte noch für die Kommunisten Putzschismöglichkeiten bestehen. Schon die wirtschaftliche Lage verbietet den Putzsch. Damit ist klar, daß das Gerücht der Rechtsradikalen von einem kommunistischen bewußt wahrheitswidrig ist. Mit dem Putzsch geht es nicht, aber auch nicht auf parlamentarischem Wege. Die Rechtsradikalen brauchen deshalb die völkische Diktatur, die mit Hilfe des Artikels 48 errichtet werden soll. Wenn nicht mit Unterstützung Hindenburgs, dann gegen ihn. Jedenfalls werden Versuche gemacht, den Reichspräsidenten zum Verfassungsbruch zu veranlassen.

Der Plan der Hochverräter geht aus einem Protokoll über eine Führerbesprechung hervor, die am 11. März 1926 in Berlin im Hause Kleiststraße 32, wo der Nationalverband deutscher Offiziere sein Heim hat, stattfand. Die Einladung zu der Besprechung ging von dem Obersten von Lud aus. Auf der Einladung ist ausdrücklich vermerkt: „Keinen Begleiter mitbringen, und keinen Vertreter schicken, da nur die Führer selbst teilnehmen sollen!“ Zu den Erschienenen gehörten neben den Vertretern des Jungdeutschen Ordens, des Werrauf usw. auch Major v. Sodenstern, der Chefredakteur der „Deutschen Zeitung“. Lud erklärte

den Herren, es handle sich um die Wahl eines Führers für allnationale Maßnahmen zur Abwehr des bekannnten kommunistischen Oberst Friedrichs, der Führer der Vaterländischen Verbände, hätte bereits einen Führer, dieser sehe jedoch noch außerhalb der Bewegung, und sein Name könne noch nicht genannt werden. Ich verleihe nicht, betonte Heilmann, warum man nicht den Namen des Generals von Wittich nennen wollte. (Heiterkeit.) Die Verammlung wählte einstimmig als Führer den Obersten von Lud, und dieser erklärte, daß er bereits mit den zuständigen Reichswehrstellen die notwendigen Vereinbarungen getroffen habe. Das Zusammenarbeiten mit der Reichswehr müsse aber in verdeckter Form erfolgen. Darauf lege die Reichswehr selbst den größten Wert. Bezeichnend an dieser Führerbesprechung ist die Idee, die für den Umsturz notwendigen Urkunden dadurch zu schaffen, daß Massen von Urkunden auf die Straße geworfen werden. Wörtlich heißt es in dem Protokoll: „Falls die Urkunden sich nicht von selbst einstellen, müssen sie eben mit allen Mitteln künstlich provoziert werden. Die Großindustrie muß veranlaßt werden, im gegebenen Moment möglichst große Arbeitermassen auf die Straße zu werfen.“ (Lebhaftes Hört! Hört!) Oberst von Lud erklärte seine Uebereinstimmung mit diesen Ausführungen Sodensterns und versprach, die Gebotengänge den zuständigen Reichswehrstellen zu unterbreiten. Damit kommen wir zur Frage: Wo steht die Reichswehr? Geht er und Seckt mögen zuverlässig sein. Wer die unteren Kommandostellen? Zwischen diesen und Teilen der Wehrverbände besteht ein planmäßiges Zusammenarbeiten. Der Mittelsmann zwischen Wehrverbänden und Reichswehr ist in Berlin Major von Wittich-Frankenberg, der auf privaten Dienstvertrag bei der Reichswehr angestellt ist. Er bildet Hunderter auf den Wehrverbänden in Wünsdorf für die Hochverratsarmee aus. Wie eng das Band zwischen den Verbänden und der Reichswehr geknüpft ist, zeigt die Tatsache, daß kein Mensch bei der Reichswehr angestellt wird, über den nicht ein ausführliches Gutachten der völkischen Verbände vorliegt. (Hört! Hört!)

Gegenüber all diesen bedeutungsvollen Vorgängen, schließt Heilmann, wäre es eine Pflichtvergessenheit, wenn die Regierung nicht zugreifen würde. Wir danken der Regierung, daß sie mit Energie den hochverräterischen Bestrebungen entgegengetreten ist. (Beifall links, Fischen und Tumult rechts.) Dienstag Weiterberatung.

Neuwahlen in Griechenland.

Paris, 17. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der von dem griechischen Diktator am Sonnabend zum Ministerpräsidenten ernannte General Paraskevo-poulo, der sich augenblicklich noch in Paris befindet, hat den Vertretern der Presse eine Erklärung abgegeben, in der er seinem Willen Ausdruck gibt, die Befriedung Griechenlands und die Schaffung stabiler politischer und wirtschaftlicher Verhältnisse herbeizuführen. Er beabsichtigt deshalb, Neuwahlen unter völliger Wahrung der Freiheit der Wähler auszusprechen. Auf augenpolitischem Gebiet werde Griechenland der Politik des Friedens treubleiben und in Freundschaft mit seinen ehemaligen Alliierten im Weltkrieg seine Beziehungen zwischen den Nachbarstaaten, vornehmlich zu Jugoslawien, ausbauen.

Schwere Verluste der Spanier in Marokko.

Tanger, 17. Mai. (Reuter.) Nach einer Meldung aus Alhucemas haben die Spanier dort bei ihren Operationen schwere Verluste erlitten. Eine Abteilung der Fremdenlegion von 360 Mann soll bis auf den letzten Mann getötet oder gefangen genommen worden sein. Kaufleute in Alhucemas senden ihre Warenvorräte nach Melilla zurück in Erwartung eines baldigen starken Angriffs Ab el Krims. Beträchtlich mehr als 100 Soldaten der spanischen Fremdenlegion sind in der Nähe von Tetuan gefallen. Die Zahl der Verwundeten ist groß.

Werbt ständig für unsere Zeitung!

Am 16. Mai verschied nach kurzem, schwerem Leiden meine innigstgeliebte Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante,

verw. Frau
Berta Wegehaupt
geb. **Ackermann**

im ehrenvollen Alter von 81 Jahren.
Dies zeigt schmerz erfüllt an
Breslau, den 17. Mai 1926

Bernhard Wegehaupt als Sohn
nebst Frau.

Beerdigung: Mittwoch, nachmittags 4 1/2 Uhr, von Halle II der Oswitzer Friedhöfe. 350

Trauerhaus: Schrotgasse 7.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.
Am 14. Mai verschied nach kurzem Leiden unser langjähriger Mitglied, der Zigarrensortierer

Bruno Lorenz
im Alter von 63 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder der Zahlstelle Breslau.

Beerdigung: Dienstag, den 18. Mai, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle in Cosel. 2454

Mittwoch, den 19. Mai 1926, abends 8 Uhr:

Erbauung
in der Vortragshalle der
Monistischen Gemeinde
Grünstraße 14/16
Sprecher: Dr. Georg Kraemer.

Thema: „Der erste Mensch“.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Am Sonntag, 16. Mai, vorm. 9 1/2 Uhr, verschied unser Freund und Verbandskollege, der Schlosser

Emil Erber
im Alter von 52 Jahren. 2453

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder der Verbandsstelle Breslau.

Beerdigung: Mittwoch, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle St. Paulus in Cosel aus.

Fahrräder
in allen Preislagen auf Teilzahlung
Schnelle Auswahl von ca. 100 Fahrrädern

Kusch
Schneidstraße 29b
Ecke Uhlenstraße
Neumarkt 38
Völkischestraße 37

Blauband im Volksmunde:

Wer nicht wagt, der nicht gewinnt. Gut, wer Blauband statt Butter nimmt.

Blauband Butter

50 Pfennig 1/2 Pfd.

Zu jedem Pfund die „Blauband-Woche“ gratis.

Nachruf!

Am 11. Mai schied infolge wirtschaftlicher Not unser Freund und Arbeitskollege

Friedrich Buch
mit seiner Frau und 5 Kindern
freiwillig aus dem Leben.

Ein ehrendes Andenken bewahren
Die Arbeitskollegen
der **Lehrstelle Stadtbau Pöschel**.

Die Beerdigung hat bereits stattgefunden.

Kaufe
Schr. Kaminofen
neu ab. 1918, in besten
Zust. Off. u. Nachb. u. Kamin
u. St. 203 G. 1/2 Pfd. 30.

Wohnungen
2 herrl. sonnige Zimmer,
belle Küche, Bad, WC.

2 Zimmer, Küche, Bad,
WC, 1/2 Pfd. 30, Depot,
abgegeben. Off. unter 20-21
an der G. 1/2 Pfd. 30.

Kleine Anzeigen
sind kostenlos gestellt
Anz. u. Verh. in
West 3 Pfd. 1/2 Pfd.

Wohnung
M. 1/2 Pfd. 30
K. 1/2 Pfd. 30
K. 1/2 Pfd. 30

Die Marine-Jubiläum von 1917
nach dem Original von 1917
100 Seiten. Preis nur 60 Pf.

Wie der Weltkrieg entstand.
Das wichtigste Material zur
die Handlungen des Kaisers
160 Seiten. Preis nur 60 Pf.

Sport in Schlesien.

Kreismeisterwahlen der Arbeiter-Klasse.

Die an den beiden Pfingstfesttagen im Stadion an Waldenburg stattfindenden Kreiswahlen...

Arbeiter-Klasse in Bund, Kreis Schlesien.

Am Sonntag, den 22. Mai, abends 8 Uhr, findet in Waldenburg im Gasthaus zum „Eckstein“ eine außerordentliche Kreisgeneralversammlung statt...

Tagung des Gau 8 der Arbeiter-Stafffahrer.

Am 19. Mai tagte in Rieg unter desjährlicher Leitung des Gau 8 der Arbeiter-Stafffahrer...

Einem erfreulichen Bericht gab Fräulein Giechmann von unserer Filiale Breslau. Sie führte den Nachweis, daß sich der Umlauf gegen das Vorjahr um 183 Prozent gehoben hat...

Gruppenwahlen der 2. Gruppe des 1. Bezirks.

Bei herrlichem Maiwetter fand am Sonntag, den 2. Mai, der von der dritten Gruppe unseres Bezirks festgesetzte Waldlauf statt...

Am Schluß der Läufe begrüßte Genosse Knobloch als Bezirksleiter im Namen des Bezirks die anwesenden Vereine und sprach ihnen Dank für die rege Beteiligung...

Kinder-Strassenlauf.

Am Sonntag, den 2. Mai, fand der Kinder-Strassenlauf in Breslau statt. Der Wettbewerb für Sport und Körperpflege...

Am Sonntag, den 2. Mai, begann die Kampfrichterprüfung für Leichtathletik, zu der sich 11 Sportgenossen gemeldet hatten.

Kinder-Strassenlauf.

Am Sonntag, den 2. Mai, fand der Kinder-Strassenlauf in Breslau statt. Der Wettbewerb für Sport und Körperpflege...

Stadthaus hat sich die 8. Mädchen-Abteilung der Freien Turnerschaft Breslau an die Spitze...

Die 8. Mädchen-Abteilung der Freien Turnerschaft Breslau hat sich die 8. Mädchen-Abteilung der Freien Turnerschaft Breslau an die Spitze...

Die 8. Mädchen-Abteilung der Freien Turnerschaft Breslau hat sich die 8. Mädchen-Abteilung der Freien Turnerschaft Breslau an die Spitze...

Die 8. Mädchen-Abteilung der Freien Turnerschaft Breslau hat sich die 8. Mädchen-Abteilung der Freien Turnerschaft Breslau an die Spitze...

Rekultate der Faustballmeisterschaften vom 13. und 16. Mai.

Table with columns for Jugend (Boys) and Männer (Men) divisions, listing teams and their scores in various matches.

Turnierregeln.

Table with columns for Fußball (Football) and Turnmelball (Table Tennis) divisions, listing teams and their scores.

Turnierregeln.

Table with columns for Fußball (Football) and Turnmelball (Table Tennis) divisions, listing teams and their scores.

Turnierregeln.

Table with columns for Fußball (Football) and Turnmelball (Table Tennis) divisions, listing teams and their scores.

Turnierregeln.

Table with columns for Fußball (Football) and Turnmelball (Table Tennis) divisions, listing teams and their scores.

Turnierregeln.

Table with columns for Fußball (Football) and Turnmelball (Table Tennis) divisions, listing teams and their scores.

Turnierregeln.

Table with columns for Fußball (Football) and Turnmelball (Table Tennis) divisions, listing teams and their scores.

Leichtathletische Wettkämpfe des Sportvereins 1897.

Der Verein veranstaltet am 30. Mai, vormittags 9 Uhr, auf dem Turndach der Dorschule am Sperrbinnen, leichtathletische Wettkämpfe...

Freie Turnerschaft Breslau.

Donnerstag, den 20. Mai, abends 8 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus eine allgemeine Sitzung aller Abteilungsvereinigenden statt...

Freie Turnerschaft, 2. Knaben-Abteilung.

Ergebnisse des Anportelns der Schüler: 100-Meter-Lauf (nur Biele): 1. Fick R., 14,8 Sek., 2. Kugler, 15 Sek., 3. Weidling...

Schwimmerverein „Poseidon“.

Heute, Dienstag, erster Übungstag im Poseidonbad. Der nach dem Schwimmbad mit der zweiten Feiertage ins Spielertal wandern will...

Freie Turnerschaft Breslau e. V. Mittwoch, 19. Mai.

abends 7 1/2 Uhr, Gewerkschaftshaus, Jugendversammlung. Freitag, 21. Mai, 9 Uhr, Gewerkschaftshaus: Sitzung der Technischen Kommission...

Arbeiter-Abteilung und Bezirksvereine, 1. Kreis, 1. Bezirk.

Mittwoch, 19. Mai, abends 7 1/2 Uhr, hat jeder Verein seinen technischen Leiter sowie einen weiteren Sportgenossen nach der Turnhalle Brunnenstraße, „Sportklub 02“...

Wahles gegen Siegfried.

Donnerstag, den 20. Mai, abends 7 Uhr, findet in der Turnhalle der Brodauer Straße ein Deber-Wahlkampf statt. Der B-Klassenmeister im Gewerkschaft, Sportklub Siegfried...

Die lebende Schachpartie zum „Kaff“ in Breslau.

Nur wenige Breslauer werden sich an das große Ereignis im Jahre 1922 erinnern, als der Arbeiter-Schachverein, Breslau, das erste Mal in Breslau im Innenraum der Radrennbahn eine Schachpartie mit lebenden Figuren ausübte...

Schachnachrichten.

Breslau. Die diesjährigen Abteilungsmeisterschaften haben nun ihre Erledigung gefunden. Wie aus nachstehender Tabelle ersichtlich, hat die Abteilung „West“ den Titel mit großem Vorsprung errungen...

Spielabende des Arbeiter-Schachvereins zu Breslau.

Table with columns for 1, 2, 3, 4, 5, Punkte, listing chess tournament results for different teams.

Turnierregeln.

Table with columns for Fußball (Football) and Turnmelball (Table Tennis) divisions, listing teams and their scores.